

# SO!

Soziale Ordnung

Magazin für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

5. Ausgabe 2011

64. Jahrgang  
ISSN 1432-9689



Christlich-Soziale. Mitten in der CDU.

# Weil Arbeit WERTvoll ist ...



Politik für Beschäftigte und ihre Familien



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, sollen gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch von ihrem Einkommen leben können!“*

**Bernd Schulze-Waltrup,**  
CDU-Mitglied seit 1996



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, muss die sachgrundlose Befristung eines Arbeitsvertrages wieder abgeschafft werden. Viel zu viele Menschen, vor allem junge Erwachsene, beginnen ihr Arbeitsleben mit einem befristeten Arbeitsvertrag. Im letzten Jahr hatten fast 9 Prozent aller abhängig Beschäftigten ein befristetes Arbeitsverhältnis und etwa jede zweite Einstellung wurde befristet. Das ist zu viel. Deshalb sind die unsicheren Arbeitsverhältnisse wieder auf begründete Ausnahmen zu begrenzen.“*

**Egbert Biermann, Mitglied der CDU seit 1973**

## Mitmachen!

Wir wollen mit der Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“ um innerparteiliche Unterstützung und mediale Aufmerksamkeit für den Antrag auf dem Bundesparteitag werben. Unter anderem wollen wir im Internet prominente und weniger prominente Fürsprecher (so genannte „Testimonials“) für unsere Forderungen vorstellen. Engagieren Sie sich als Unterstützerin und Unterstützer der Kampagne!

Mitmachen ist ganz einfach: Ergänzen Sie bitte den Slogan „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“ um einen Halbsatz (und ggf. einen weiteren erläuternden Satz) und senden Sie uns Ihr Statement mit der Erlaubnis zur Veröffentlichung an > [orga@cda-bund.de](mailto:orga@cda-bund.de) zurück. Stellen Sie uns außerdem ein Bild in möglichst hoher Auflösung zur Verfügung und teilen Sie uns mit, seit wann Sie CDU-Mitglied sind.

**Für Ihre Unterstützung bedanken wir uns schon jetzt  
recht herzlich!**



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, muss sie auch ihren Preis haben und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien ein Auskommen ermöglichen.“*

**Peter Rudolph, CDU-Mitglied seit 1976**



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, dienen wir mit guter Arbeit unseren Mitmenschen und tragen damit zur Stabilisierung unseres Landes in positiver Weise bei.“*

**Marco Eilers, CDU-Mitglied seit 2006**



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, muss sie existenzsichernd entlohnt und sozialversicherungspflichtig sein, um Altersarmut zu verhindern!“*

**Egbert Ulrich Mdl, CDU-Mitglied seit 1993**

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Ergebnisse der Bundestagung finden über die CDA hinaus positive Resonanz. Unsere Forderung nach einer Lohnuntergrenze hat Rückenwind bekommen, der nicht nur aus Kirchen und Gewerkschaften weht. Auch viele in der CDU signalisieren Zustimmung.

Ich finde, wir müssen unserer Partei erklären, aus welcher Philosophie heraus wir für „wertvolle Arbeit“ streiten. Für uns Christlich-Soziale hat Arbeit einen besonderen Wert, der sich aus dem christlichen Menschenbild ergibt. Erwerbstätigkeit sorgt für das finanzielle Auskommen und emotionales Gleichgewicht. Sie ermöglicht stabile persönliche Verhältnisse, Familiengründung und Teilhabe an Gesellschaft. Niedriglöhne und unsichere Beschäftigung hingegen beschädigen Lebensperspektiven. Deshalb fordern wir weniger Möglichkeiten für befristete Arbeitsverträge und eine tariforientierte Lohnuntergrenze. Das steht auch in dem CDA-Antrag, der auf dem CDU-Parteitag in Leipzig zur Abstimmung stehen wird.

Mit der Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“ werben wir bei Delegierten und Mitgliedern der CDU um Unterstützung. Viele CDA-Kreisverbände organisieren Diskussionen und bringen unseren Antragsentwurf in CDU-Gremien ein. Jeder CDU-Kreisverband, der den Antrag beschließt, sendet ein Signal an den Parteitag. Es lautet: Die Forderung nach weniger Befristung und mehr Lohngerechtigkeit kommt aus der Mitte der Union.

In diesem Heft findet ihr alles Wichtige über unseren Antrag, die Kampagne – und darüber, wie ihr mitmachen könnt! Jeder kann sich beteiligen – zum Beispiel über unsere „Fürsprecher“-Aktion. Ergänzt einfach „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“ um ein persönliches Statement und schickt es uns zu. Wir veröffentlichen es im Rahmen der Kampagne.

Auf dem Parteitag in Leipzig wollen wir Akzente setzen. Gemeinsam schaffen wir es!

**Euer**

**Karl-Josef Laumann**



*P.S.: Der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Teufel hat unserer Partei ins Stammbuch geschrieben, sie solle sich eng an christlichen Werten orientieren und sich mehr um Familien und ihre Sorgen kümmern. Viele aus der CDU haben zugestimmt. Jetzt müssen Worten Taten folgen – wenn unser Antrag in Leipzig zur Abstimmung steht!*

Für unsere Vorschläge erhalten wir aus Reihen der CDU immer mehr Zustimmung. Eine Fürsprecherin ist die neu gewählte Ministerpräsidentin des Saarlandes und Vorsitzende der Saar-CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer MdL.

*„Weil Arbeit wertvoll ist, müssen wir von der CDU dafür sorgen, dass sie sich lohnt. Sichere Jobs, faire Löhne und eine leistungsgerechte Altersvorsorge sollten dabei unsere Leitlinien sein.“*



**Annegret Kramp-Karrenbauer MdL,  
Ministerpräsidentin des Saarlands  
CDU-Mitglied seit 1981**

ANTRAG



**„Weil Arbeit WERTvoll ist ...“:  
Menschen stabile Beschäftigung  
ermöglichen, Verwerfungen auf dem  
Arbeitsmarkt entgegenzutreten**  
Entwurf für einen Antrag an den CDU-  
Bundesparteitag S. 6

KAMPAGNE



**Über die Kampagne „Weil Arbeit  
WERTvoll ist ...“** S. 10

**Karl-Josef Laumann über die Philoso-  
phie hinter der CDA-Kampagne** S. 11

**Warum die CDU für weniger  
Befristungen und eine Lohnunter-  
grenze kämpfen muss** S. 12

**Die Kampagne im Internet** S. 26

**Ideen für Wortbeiträge in CDU-  
Gremien** S. 28

**Vorschläge für Veranstaltungen und  
Aktionen** S. 29

BEFRISTUNGEN



**Sachgrundlose Befristungen  
einschränken** S. 14

**Aktuelle Zahlen zu Befristungen von  
Arbeitsverträgen in Deutschland**  
Gastbeitrag von Christian  
Hohendanner (IAB) S. 16

**Freiheit braucht Mut: Impulstext  
„Chancengerechte Gesellschaft“**  
Gastbeitrag von Dagmar Nelleßen-  
Strauch (Deutsche Bischofskonferenz)  
S. 17

IMPRESSUM

**Herausgeber**  
CDA Deutschlands  
Zinnowitzer Str.1  
10115 Berlin

**Redaktion:**  
Dr. Markus Gloe (V.i.S.d.P.)  
Telefon: 030/922511-194  
Telefax: 030/922511-2194  
E-Mail: mgloe@cda-verlag.de

**Gestaltung**  
iconate Gesellschaft für  
Kommunikation und Medien mbH

**Anzeigen**  
Telefon: 030/92 25 11-195  
E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de  
Website: www.soziale-ordnung.de

**Titel**  
PubliKom Z Verlagsgesellschaft für Zielgru-  
pen-Publizistik und Kommunikation mbH

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen  
Abständen sechsmal im Jahr.  
Namensartikel geben nicht unbedingt die  
Meinung der Redaktion wieder.

**Preis**  
Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis  
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Derzeit gül-  
tige Anzeigen-Preisliste vom 1. Januar 2010.

**Druck**  
Heider Druck GmbH, Bergisch Gladbach

GLEICHER LOHN FÜR  
GLEICHE ARBEIT



**Ausdruck von Lohngerechtigkeit**  
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am  
gleichen Ort S. 18

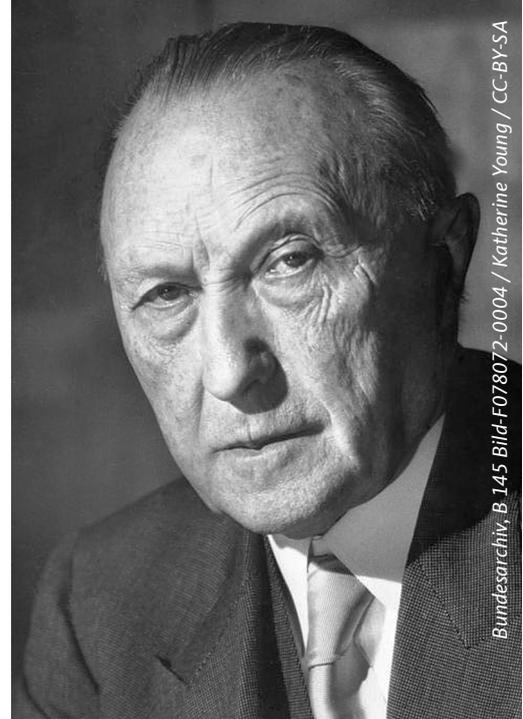
LOHNUNTERGRENZE



**Ein Plädoyer für die Wahrung  
der Tarifautonomie und für eine  
allgemeine Lohnuntergrenze** S. 20

**Mehr Mut zur ordnungspolitischen  
Initiative** S. 22

**Vom gerechten Lohn: Papst Leo XIII.  
und „Rerum novarum“** S. 24



Bundesarchiv, B 145 Bild-F078072-0004 / Katherine Young / CC-BY-SA

„Der Fundamentalsatz des Programms der CDU, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik: die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. (...) Nach dieser Auffassung ist weder der Staat, noch die Wirtschaft, noch die Kultur Selbstzweck; sie haben eine dienende Funktion gegenüber der Person.“

65 Jahre ist es her, dass Konrad Adenauer diese Worte in die Aula der Universität Köln rief. In seiner Grundsatzrede vom 24. März 1946 erläuterte der spätere erste bundesdeutsche Kanzler seine Vision eines neuen, veränderten Deutschlands. Der Vortrag Adenauers ist ein spannendes Dokument der jungen Demokratie – und ein Lehrstück in Sachen Geschichte der CDU. Denn das Denken der Väter und Mütter der Union war geprägt davon, die neue Gesellschaft ganz auf das christliche Menschenbild zu gründen. Der Mensch hat Vorrang – diese Erkenntnis galt im März 1946 und sie gilt im September 2011.

Den Text des Vortrags findet man im Internet unter der Adresse  
> [www.konrad-adenauer.de](http://www.konrad-adenauer.de)

**Mitgliederservice**  
Telefon: 030/92 25 11-120  
Telefax: 030/92 25 11-2110  
E-Mail: [mitgliederservice@cda-bund.de](mailto:mitgliederservice@cda-bund.de)

**Verlag**  
CDA-Verlagsgesellschaft mbH, Berlin

**Geschäftsführer**  
Dr. Markus Gloe

**Fotos**  
Masterfile, Shutterstock, iStockphoto,  
privat.

## „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“: Menschen stabile Beschäftigung ermöglichen, Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt entgegenreten

Entwurf für einen Antrag an den CDU-Bundesparteitag



Die CDU ist die Partei der Familie und der familiären Bande in allen Generationen. Sie steht für eine Gesellschaft, in der Menschen ihr Leben in verlässlichen und belastbaren Bindungen gestalten und Verantwortung füreinander übernehmen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist, dass sie ihr Auskommen und ihre Lebensperspektiven durch Erwerbsarbeit sichern können.

Die CDU ist dem Credo Konrad Adenauers aus ihren Gründungstagen verpflichtet, dass Wirtschaft, Staat und Kultur kein Selbstzweck sind, sondern eine „dienende Funktion“ gegenüber dem Menschen haben. Das muss sich insbesondere darin zeigen, dass alle Menschen eine Chance auf stabile Beschäftigung erhalten.

Denn eine stabile Beschäftigung ist Basis für eine positive Lebensperspektive:

- Sie gibt finanzielle und emotionale Sicherheit.
- Sie ermöglicht stabile persönliche und familiäre Verhältnisse.
- Sie macht Menschen zuversichtlich und leistungsbereit.
- Sie ermutigt zu festen Bindungen und Familiengründungen.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren immer mehr Menschen die Chance auf Beschäftigung und damit Teilhabe an der Gesellschaft eröffnet. Die Anzahl der Arbeitslosen

ist auf unter drei Millionen gesunken. Dass es bundesweit mehr als 28 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und über 40 Millionen Erwerbstätige gibt, hat erheblich mit der Politik der CDU-geführten Bundesregierung zu tun, die auf die Sicherung von Beschäftigung ausgerichtet ist. Deutschland hat die Finanz- und Wirtschaftskrise so gut wie kein anderes Land verkraftet, weil die Bundesregierung eine kluge Arbeitsmarktpolitik betrieben hat.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat viele Fassetten. Nicht jede Beschäftigung sichert Lebensperspektiven. Unter Bundeskanzler Helmut Kohl und Norbert Blüm wurde 1996 das Arbeitnehmer-Entsendegesetz verabschiedet. Dann wurde in der Bauindustrie der erste branchenbezogene Mindestlohn eingeführt. Während Rot-Grün sieben Jahre lang nahezu untätig blieb, haben die Regierungen unter Führung von Angela Merkel zahlreiche weitere Branchen in das Entsendegesetz aufgenommen. Außerdem hat die Bundesregierung nun das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz so verändert, dass ein Mindestlohn in der Zeitarbeit über eine Verordnung des Bundesarbeitsministeriums auf Vorschlag der Tarifparteien festgelegt werden kann. Darüber und über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sind etwa vier Millionen Arbeitnehmer vor Dumpinglöhnen geschützt.

Die CDU will allen Beschäftigten stabile Beschäftigung ermöglichen

und damit eine stabile Lebensplanung unterstützen. Dazu tritt sie weiteren Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt entgegen.

### **Befristete Beschäftigung einschränken**

Noch ist das Normalarbeitsverhältnis die Regel: 60 Prozent der Beschäftigten in Deutschland arbeiteten 2010 sozialversicherungspflichtig, unbefristet und in Vollzeit. Doch Arbeitsmarkt und Erwerbsbiografien ändern sich. So genannte „atypische Beschäftigungsformen“ (befristete Arbeitsverträge, Teilzeit, Mini-Jobs) gewinnen Raum. Bei ihrer Bewertung muss man differenzieren. Viele Menschen arbeiten bewusst und freiwillig in Teilzeit oder in Mini-Jobs. Andere erhalten nur befristete Arbeitsverträge, obwohl sie eine unbefristete Beschäftigung anstreben.

Die Anzahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse hat sich in den vergangenen 15 Jahren fast verdoppelt und lag 2010 bei 2,5 Millionen. Ihr Anteil an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ist von 1996 bis 2010 von 4,7 Prozent auf 8,9 Prozent gestiegen. Bei Neueinstellungen lag 2009 die Quote der befristeten Verträge bei 47 Prozent. 2001 waren es noch 32 Prozent.

Fazit: Fast jeder zehnte Arbeitnehmer hat einen befristeten Arbeitsvertrag, bei Neueinstellungen ist es jeder zweite. Besonders häufig von Befristungen betroffen sind jüngere Arbeitnehmer. In der Alterskohorte der 20- bis 25-jährigen war 2008 jeder Vierte befristet beschäftigt. 28 Prozent der unter 35-jährigen Befragten

gaben in einer Studie der IG Metall von 2010 an, bisher ausschließlich befristet beschäftigt gewesen zu sein. Nach einer Befragung der DGB-Jugend aus dem Jahr 2009 haben 51 Prozent aller übernommenen Lehrlinge von ihrem eigenen Betrieb nur einen befristeten Arbeitsvertrag von bis zu zwölf Monaten erhalten.

Die Folgen sind unter anderem bei der Lebensplanung zu beobachten. Befristung verunsichert und begünstigt das Aufschieben von Lebensentscheidungen. Empirisch erwiesen ist, dass befristete Beschäftigung die Bereitschaft zur Familiengründung hemmt.

Der Anteil der sachgrundlosen Befristungen an allen Befristungen lag 2004 bei 48 Prozent, ist aber je nach Branche und Tätigkeiten sehr verschieden. Nach Ergebnissen des IAB-Betriebspanels lag der Anteil der sachgrundlosen Befristungen 2004 in der Land- und Forstwirtschaft bei 12 Prozent, im Handel hingegen bei 72 Prozent.

Befristungen dürfen nur aus gutem Grund eingesetzt werden, nicht aber als verlängerte Probezeit oder Instrument, einfacher Belegschaft abzubauen.

### **Den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit umsetzen**

Die EU-Richtlinie zur Leiharbeit vom November 2008 schreibt eine Gleichbehandlung von Zeitarbeitern und Stammbeslegschaft vor (Artikel 5: „Equal treatment“). Ausdrücklich wird auch die Entgelthöhe mit dieser Pflicht belegt. In der Leiharbeit gilt der Grundsatz „Gleiches Geld für die gleiche Arbeit“ aber in der Praxis nicht. Zwar sieht das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) Entgeltgleichheit für Leiharbeitnehmer und Beschäftigte des Entleihers im Grundsatz vor (§ 3, Abs. 1 AÜG bzw. § 9 AÜG). Über Tarifverträge kann jedoch eine abweichende Entlohnung von den Tarifpartnern vereinbart werden. Das ist in der betrieblichen Praxis durchgängig der Fall. Die Folge sind Einkommensunterschiede zwischen Leiharbeitnehmern und Stammbeslegschaft von bis zu 50 Prozent. Laut einer vom nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium in Auftrag gegebenen Studie (2008) lag der Lohnabstand zwischen Leiharbeitern und Beschäftigten in anderen Branchen bei bis zu 45 Prozent. In Deutschland arbeiteten im Oktober 2010 etwa 900.000 Menschen als Leiharbeiter. 11,5 Prozent von ihnen waren SGB-II-Aufstocker.



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, müssen die Löhne fair und die Arbeitsbedingungen anständig sein. Mit Arbeitsplatzzuwachsen im Niedriglohnbereich können Unternehmen gut qualifizierte und motivierte Fachleute weder halten noch finden. Deutschlands wichtigste Ressource sind die Menschen. Und die wollen auch gutes Geld verdienen, aber auch Familie und Beruf leben können.“*

**Ingrid Sehrbrock, CDU-Mitglied seit 1975**

Wer am gleichen Ort die gleiche Arbeit verrichtet, der muss spätestens nach einer möglichst kurzen Einarbeitungszeit den gleichen Lohn erhalten.

### **Eine Lohnuntergrenze als Aufanglinie für „tariffreie Zonen“ einführen**

In Deutschland hat sich seit Anfang der 2000er-Jahre ein Niedriglohnsektor entwickelt, in dem mittlerweile über 20 Prozent aller Beschäftigten arbeiten. Viele Arbeitnehmer gerade im Dienstleistungsbereich erhalten nur geringe Löhne. 2008 haben 1,15 Millionen Beschäftigte bundesweit weniger als fünf Euro pro Stunde verdient. Solche Niedrigstlöhne entstehen vor allem da, wo es keine funktionierende Tarifpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften gibt. Die Tarifbindung von Beschäftigten und Betrieben sinken ebenso wie der gewerkschaftliche Organisationsgrad und die Zahl der Unternehmen, die tarifgebundene Mitglieder in tariffähigen Arbeitgeberverbänden sind. 60 Prozent der Beschäftigten arbeiteten 2010 in Unternehmen, die über Branchen- oder Firmentarifverträge gebunden waren, 19 Prozent in Betrieben, die sich an Tarifverträgen orientieren. 20 Prozent waren in Unternehmen ohne Tarifbindung oder -orientierung beschäftigt. In Ostdeutschland waren 1998 waren noch 63 Prozent der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen tätig, 2010 waren es nur noch 50 Prozent. Dort sind 80 Prozent der Betriebe nicht tarifgebunden.

Die Lohnfindung ist in Deutschland Sache der Tarifpartner und wird in Tarifautonomie unabhängig von der

Politik organisiert. Weil die Tarifbindung aber nachlässt, gibt es immer mehr „tarifvertragsfreie Zonen“. Dort können Arbeitgeber die Löhne einseitig festlegen. Außer der in der Praxis schwer nachweisbaren Sittenwidrigkeit (Zivilrecht, § 138 BGB) und dem Verbot von Lohnwucher (Strafrecht, § 291 StGB) gibt es keine Leitplanken. Gewerkschaften und Staat haben hier derzeit keine Handhabe, Niedrigstlöhne zu unterbinden.

Eine allgemeine Lohnuntergrenze könnte hier Abhilfe schaffen. Diese soll sich in der Höhe am Mindestlohn in der Zeitarbeit orientieren. Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) hat die CDU-geführte Koalition ein Prozedere verankert, wie das Bundesarbeitsministerium über eine Rechtsverordnung eine Lohnuntergrenze in der Zeitarbeit in Kraft setzen kann. Die Tarifparteien schlagen gemeinsam eine Lohnuntergrenze vor, die auf

einem Tarifvertrag über Mindeststundenentgelte basiert (§ 3a AÜG). Zeitarbeit ist branchenübergreifend. Deshalb ist der Mindestlohn in der Zeitarbeit ein guter Maßstab für eine allgemeine Lohnuntergrenze, die über alle Branchen hinweg gilt. Es bleibt beim Primat der Tarifautonomie. Sie wird da ergänzt, wo sie nicht mehr greift.

Eine Lohnuntergrenze ist auch ordnungspolitisch vernünftig. Immer mehr Betriebe zum Beispiel im Handwerk beklagen Schmutzkonzurrenz durch Wettbewerber, die ihren Beschäftigten nur Dumpinglöhne zahlen und ihre Dienstleistungen und Produkte deshalb günstiger anbieten können. Eine Lohnuntergrenze verhindert dieses unlautere Geschäftsgebaren, das die Marktpreise verzerrt. Sie sichert so den fairen Wettbewerb, auf dem die Soziale Marktwirtschaft fußt. ■

### **Der CDU-Bundesparteitag fordert,**

- » die Möglichkeiten für sachgrundlos befristete Beschäftigungen nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz einzuschränken und die gesetzlichen Rahmenbedingungen mit diesem Ziel auf den Prüfstand zu stellen,
- » den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für Zeitarbeitnehmer nach einer kurzen Einarbeitungszeit konsequent umzusetzen und die Möglichkeit, ihn über Tarifverträge zu umgehen, aus dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zu streichen,
- » eine allgemeine gesetzliche Lohnuntergrenze einzuführen, die sich am von den Tarifpartnern festgelegten Mindestlohn in der Zeitarbeit orientiert.

## **Kleine Jobs im Haushalt: als Minijob offiziell unfallversichert und maximal einfach angemeldet.**

Unfälle in Haus und Garten sind schnell passiert: Melden Sie deshalb Ihre Haushaltshilfe ganz einfach bei der Minijob-Zentrale an. So sparen Sie sich als Arbeitgeber nicht nur möglichen Ärger, sondern profitieren auch von Steuervorteilen und niedrigen Pauschalabgaben.

**Anmeldung und Beratung unter [www.minijob-zentrale.de](http://www.minijob-zentrale.de) oder 0355 2902 70799**



## Über die Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“

Wenn aus CDA-Positionen CDU-Positionen werden sollen, dann muss man sich schon etwas einfallen lassen... Der CDA-Bundesvorstand hat deshalb auf seiner Sitzung am 9. Juli 2011 in Düsseldorf beschlossen, die Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“ zu starten. Damit wirbt die CDA in der CDU und in der Öffentlichkeit um Zustimmung für ihre Forderungen für eine Politik für „WERTvolle“ Arbeit. Die Kampagne geht bis zum Bundesparteitag der CDU Mitte November in Leipzig. Dort wird der Antrag „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“: Menschen stabile Beschäftigung ermöglichen, Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt entgegentreten' zur Abstimmung stehen.

**Folgende Forderungen werden darin an den Parteitag gerichtet:**

- Kritische Überprüfung der Möglichkeiten für die Befristung von Arbeitsverträgen,
- Umsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ auch in der Zeitarbeit,
- Einführung einer allgemeinen Lohnuntergrenze, die sich am Mindestlohn in der Zeitarbeit orientiert, den die Tarifpartner festgelegt haben.

Im Rahmen der Kampagne stellt die Hauptgeschäftsstelle allen Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden ein Presse- und Veranstaltungskonzept zur Verfügung. Im Internet wird eine eigene Kampagnen-Gruppe bei dem sozialen Netzwerk Facebook eingerichtet.

In mehreren Seminaren im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter werden

CDA-Funktionsträger fit gemacht für die Diskussionen um unsere Vorschläge. Angeboten werden die Schulungen „Erfolgreich argumentieren“ und „Gezielte Pressearbeit“.

Diese Ausgabe der Sozialen Ordnung widmet sich ausschließlich dem Inhalt und den Aktionen der Kampagne.

In einer Aktionswoche ab dem 24. Oktober 2011 sollen zahlreiche gemeinsame Diskussionsveranstaltungen von CDA- und CDU-Kreisverbänden stattfinden.

Mitmachen kann jeder! Jedes CDA-Mitglied kann das Kampagnen-Motto „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“ um einen Halbsatz ergänzen und dann an die Hauptgeschäftsstelle schicken. Die Statements werden dann in die Kampagne eingebunden. ■



### Für Kurztzuschlossene!

Die CDA bietet im Rahmen ihrer Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“ eine Schulung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an.

#### Seminar „Gezielte Pressearbeit“

Referenten aus der Hauptgeschäftsstelle erläutern, wie man Kontakte zu Journalisten aufbaut und Informationen mediengerecht aufbereitet. Geübt wird das Verfassen von Pressemitteilungen und Statements. Außerdem nehmen die Teilnehmer Tipps und Tricks für den Aufbau von Presseverteilern mit nachhause.

**Termin: Donnerstag, 22. September 2011,  
10 Uhr bis 16 Uhr**

**Referenten: Dr. Markus Gloe und Anselm Kipp  
Ort: Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter**

Die Teilnahme ist kostenlos und steht allen CDA-Mitgliedern offen. Die Reisekosten werden von der Hauptgeschäftsstelle erstattet. Anmeldungen bitte per E-Mail an: > [orga@cda-bund.de](mailto:orga@cda-bund.de).

## „Menschliche Arbeit hat eine Würde!“ Karl-Josef Laumann über die Philosophie hinter der CDA-Kampagne

„Ich glaube, dass sich in Deutschland die Tarifautonomie im Grundsatz bewährt hat. Die Soziale Marktwirtschaft kann ohne Tarifverträge nicht existieren. Denn wir möchten ja nicht, dass die Konkurrenz, der Wettbewerb, über die Frage stattfindet, wer die billigsten Arbeitnehmer findet. Wettbewerb soll stattfinden über die Fragen von Qualität, von Innovation, von Zuverlässigkeit.“

„Ich möchte nicht, dass die Politik die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns, wie es SPD und Grüne und auch die Linken wollen, festlegt. Ich schlage vor, dass wir eine tarifliche Lohnuntergrenze machen. Eventuell unterhalten sich die Gewerkschaften und die Arbeitgeber über eine solche. Und wenn wir nicht dazu kommen sollten, dass die das machen, dann - finde ich - haben wir mit dem Lohn in der Zeitarbeit eine Eselsbrücke.“

„Ich bin ganz klar davon überzeugt, dass es nicht geht, dass Löhne einseitig festgelegt werden. Da, wo der Unternehmer den Lohn einseitig festlegen kann, haben wir keine gerechte Lohnfindung. Auch da, wo der Staat ihn einseitig festlegt, haben wir keine gerechte Lohnfindung. Gerechte Lohnfindung findet nur statt über Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auf Augenhöhe.“

„Ich sage auch ganz offen: Menschliche Arbeit hat nach meiner Meinung auch eine Würde. Und die Würde von Erwerbsarbeit liegt auch in ihrer

Bezahlung. Und ich gehe soweit, dass ich sage: Eine Arbeit, wenn man vollschichtig arbeitet, von der man nicht leben kann, hat auch keine Würde. Arbeit hat immer mit Lebensunterhalt zu tun. Und wenn ich einen Arbeitsplatz anbiete, dann muss ich mich auch als Unternehmer engagieren, dass dieser Arbeitsplatz eine Rendite hat, wovon derjenige, der die Arbeit tut, auch in Deutschland leben kann.“

„Und dabei bleibe ich als Christlich-Sozialer. Ich möchte, dass Gewerkschaften und Arbeitgeber einfach nicht aus der Verantwortung entlassen werden, die Lohnfrage zu klären.“

„Noch einmal zur Sozialen Marktwirtschaft. Das ist unser Ordnungsrahmen, auf den wir Deutsche ja auch stolz sind und womit wir in den letzten 60 Jahren sehr viel Glück gehabt haben, Wohlstand in breiten Schichten unserer Bevölkerung erreicht haben, ein großartiges Wirtschaftswachstum hinbekommen haben. Wir sind mit 82 Millionen Einwohnern eine so starke

Wirtschaftsnation, dass wir über viele Jahre am meisten exportiert haben von allen Ländern auf dieser Erde (...). Das haben wir alles der Sozialen Marktwirtschaft zu verdanken. Und der Ordnungsrahmen zur Lohnfindung der Sozialen Marktwirtschaft ist der Tarifvertrag.“

„Es gibt nun mal den Arbeitnehmerflügel, die CDA. Wir haben nun mal den Auftrag – sonst brauchte man uns nicht – das, was in der Arbeitnehmerschaft gedacht wird, in die Partei zu tragen. Und das tun wir. Umgekehrt haben wir auch die Verpflichtung, das, was in der CDU gedacht wird, in die Arbeitnehmerschaft zu tragen.“

„Dass die FDP am liebsten hätte, dass es in diesem Bereich – das hat ja auch mit dem Liberalismus zu tun – eben wenig Spielregeln gibt, das ist in der Natur der Sache. Aber ich meine, wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Und Soziale Marktwirtschaft heißt Freiheit in einem Markt, aber dieser Markt hat einen Ordnungsrahmen.“ ■

Anfang September war der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann in der Sendung „Tacheles“ beim DeutschlandRadio Kultur zu Gast. Dort erläuterte er die Philosophie hinter der CDA-Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“. Wir dokumentieren hier Auszüge aus dem halbstündigen Gespräch, das im Internet unter

> <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/tacheles/1545662/>

komplett angehört werden kann.

## Stabile Familien brauchen stabile Jobs

### Warum die CDU für weniger Befristungen und eine Lohnuntergrenze kämpfen muss

Konrad Adenauer hat 1946 Auftrag und geistige Basis der noch jungen CDU in klare Worte gefasst. Es geht darum, eine neue Gesellschaft aufzubauen – orientiert an der christlichen Sozialethik. Der Mensch sei wichtiger als die Sache. Wirtschaft und Staat seien nicht Selbstzweck, sondern hätten eine „dienende Funktion“ für die Menschen. Unsere Partei hat ihre Gesellschaftspolitik seither an diesem Wertekanon ausgerichtet.

#### Ein Kernthema der Familienpartei CDU ist „Arbeit in Würde“

Unser gesellschaftliches Leitbild war und ist die Familie. Aus gutem Grund! Schließlich kennen wir kein besseres Modell für das Zusammenleben von Alt und Jung, für das Aufwachsen von Kindern, für verlässliche Partnerschaften. Stabile persönliche Verhältnisse helfen, Bindungen aufzubauen. Arbeit spielt dabei die Hauptrolle. Sie sichert das finanzielle Auskommen und das emotionale Gleichgewicht. Deshalb ist die Teilhabe an Arbeit ein Kernthema der Familienpartei CDU. Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt können uns nicht egal sein, denn sie rauben



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, gehört Arbeit zur Würde des Menschen. Ohne Arbeit ist alles nichts. Arbeit gehört zur sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft.“*

**Erwin Vitt, CDU-Mitglied seit 1972**

Perspektiven und verbauen Lebenswege.

#### Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt treffen Familien

Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge hat sich verdoppelt. Neun Prozent haben ein Verfallsdatum, bei Neueinstellungen jeder Zweite. Ist es denn ein Wunder, dass Familiengründungen oder Hochzeiten aufgeschoben werden, wenn jeder vierte unter 25-Jährige nur für ein oder zwei Jahre Planungssicherheit hat? Befristungen sind aus meiner Sicht nur akzeptabel, wenn sie – wie zum Beispiel bei Elternzeitvertretungen – begründet sind. Sachgrundlose Befristungen sollten künftig nicht mehr ohne Weiteres möglich sein.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“: Dieses eigentlich selbstverständliche Prinzip gilt für die mindestens 900.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in Deutschland nicht. Sie erhalten oft wesentlich weniger als ihre Kollegen aus der Stammebelegschaft. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz erlaubt,

über Tarifverträge von der Gleichbehandlung abzuweichen. Das gesunde Gerechtigkeitsempfinden sagt mir: Wenn zwei an derselben Werkbank stehen und dieselbe Arbeit verrichten, dann müssen sie auch gleich viel verdienen!



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, braucht sie Schutz – den von Tarifverträgen, aber auch den von Gesetzen, z.B. beim Mindestlohn.“*

**Dr. Regina Görner, CDU-Mitglied seit 1968**

In Deutschland arbeiten über eine Million Menschen für Stundenlöhne von weniger als fünf Euro. Niedrigstlöhne entstehen vor allem da, wo die Tarifpartnerschaft von Gewerkschaften und Arbeitgebern nicht mehr funktioniert. Der Organisationsgrad von Beschäftigten und Unternehmen nimmt ab. Das beklagen wir Christlich-Soziale seit Jahren. In Ostdeutschland



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, ist sie menschenwürdig zu gestalten.“*

**Franz-Xaver Corneth, CDU-Mitglied seit 1971**

arbeitet nur noch jeder Zweite in einem Betrieb, der tarifgebunden ist. In den „tarifvertragsfreien Räumen“ legen dann Arbeitgeber die Löhne einseitig fest. Das darf unsere CDU, die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, nicht kaltlassen!

Eine allgemeine Lohnuntergrenze für alle Branchen in ganz Deutschland kann Niedrigstlöhne verhindern. Die

Höhe sollte sich am Mindestlohn der Zeitarbeit orientieren, den Gewerkschaften und Arbeitgeber tariflich vereinbart haben. Lohnfindung bleibt Sache der Tarifpartner, Tarifautonomie hat Priorität. Aber wo die Tarifpartnerschaft nicht greift, da muss der Staat eine Auffanglinie ziehen. Die Würde von Menschen und ihrer Arbeit zu

verteidigen, das ist eine Pflicht, die sich aus dem christlichen Menschenbild ergibt.

### **CDA-Antrag auf dem Bundesparteitag**

Auf dem CDU-Bundesparteitag im November in Leipzig müssen wir über

diese Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt diskutieren. Denn nur stabile Arbeit, die Würde hat, stützt Familien – und das ist das ureigene Anliegen der CDU, heute wie zu Adenauers Zeiten. ■

*Karl-Josef Laumann MdL,  
CDA-Bundesvorsitzender,  
Mitglied im CDU-Präsidium*

## Stellenausschreibung

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDU-Sozialausschüsse) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

### **Hauptgeschäftsführer/in.**

Die/Der Hauptgeschäftsführer/in vertritt die CDA nach innen und außen. Sie/Er bereitet in Abstimmung mit dem Bundesvorsitzenden und den Gremien des Verbandes die inhaltlich-konzeptionelle Positionierung und Weiterentwicklung der CDA vor. Sie/Er leitet die Hauptgeschäftsstelle in Berlin und trägt gemeinsam mit dem Bundesschatzmeister die Verantwortung für die Aufstellung und Durchführung des vom Bundesvorstand zu beschließenden Haushaltsplanes und die Erstellung des Rechenschaftsberichts.

#### **Anforderungen:**

- › Ehrenamtliches, gesellschaftspolitisches Engagement
- › Abgeschlossenes Fachhochschulstudium bzw. Hochschulstudium oder abgeschlossene Berufsausbildung mit einschlägigen Zusatzqualifikationen
- › Kenntnisse in der katholischen Soziallehre und in der evangelischen Sozialethik sowie in aktuellen wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragen
- › Sehr gute Ausdrucksweise in Wort und Schrift
- › Kaufmännische und betriebswirtschaftliche Kenntnisse
- › Bereitschaft zu Dienstreisen und zur Wahrnehmung von Abend- und Wochenendterminen

Die/Der Hauptgeschäftsführer/in wird vom CDA-Bundesvorstand gewählt. Sie/Er wird unbefristet eingestellt. Dienstort ist Berlin.

**Bewerbungen bitte bis zum 30. September 2011 an den  
CDA-Bundesvorsitzenden Karl-Josef Laumann MdL  
Saerbecker Damm 193  
48477 Hörstel-Riesenbeck**



## Sachgrundlose Befristungen einschränken

### Die allgemeine Lage

Der Arbeitsmarkt hat sich nach der Wirtschafts- und Finanzkrise erholt. Mit derzeit mehr als 28 Mio. sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, über 40 Mio. Erwerbstätigen bei unter 3 Mio. Arbeitslosen stehen wir gut da. Dies ist der Verdienst einer guten Zusammenarbeit von Unternehmen und Arbeitnehmerschaft, flankiert durch die Politik. Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist jedoch vielschichtig. Es gibt eine Reihe befristeter Beschäftigungsverhältnisse, Stammbelegschaft und Leiharbeiter werden oft unterschiedlich vergütet und in einem verhältnismäßig großen Niedriglohnsektor sind Dumping-Löhne keine Seltenheit. Andererseits gibt es Branchen, die neben hohen Tariflöhnen noch freiwillige Zusatzleistungen an die Belegschaft zahlen.

Beachtlich ist der Unterschied der Lohn- und Gehaltshöhe zwischen Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und Unternehmen, die überwiegend nur national agieren. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten z.B. in der chemischen Industrie, im Maschinen- und Anlagenbau oder im Automobilbereich bis zu 10 % über dem Branchendurchschnitt. Diese Wirtschaftszweige können nur auf den internationalen Märkten ihre Profite realisieren. Weil Arbeit wertvoll ist und die Leistung guter Arbeit auch auf den internationalen Märkten gut bezahlt wird, zahlen ausgerechnet diese Firmen

überdurchschnittliche Löhne. Erstaunlicherweise zahlen Unternehmen, die nur in Deutschland wirtschaften, ihren Mitarbeitern in der Regel kaum mehr als 85 % des Branchendurchschnittslohns. Dies ist eine unerfreuliche Entwicklung. Ähnlich ist es bei befristeten Beschäftigungen. Auch hier dasselbe Bild. International erfolgreich tätige Unternehmen binden ihre wertvollen Mitarbeiter unbefristet an das Unternehmen.

### Befristete Beschäftigungen dürfen nicht die Regel sein

Menschen benötigen für ihre Lebensplanung eine gewisse Sicherheit und Verlässlichkeit. Hierzu gehört neben einem auskömmlichen Einkommen bei Vollzeittätigkeit auch ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. In den letzten 15 Jahren hat sich die Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland auf über 2,5 Mio. nahezu verdoppelt. Dies bedeutet, dass fast jeder zehnte Arbeitnehmer einen befristeten Vertrag hat, bei Neueinstellungen jeder zweite. Der Trend zeigt, dass Befristungen von Arbeitsverträgen bereits die Regel

geworden sind. Dies ist nicht hinnehmbar.

Eine befristete Beschäftigung bewirkt eine gesteigerte Unsicherheit bezüglich der weiteren Lebensplanung. Im Zweifel werden wichtige persönliche Entscheidungen aufgeschoben. Nicht nur auf wirtschaftliche Dispositionen, auch auf die Familienplanung haben befristete Arbeitsverträge negative Auswirkungen. Befristung kann ebenso die Bereitschaft, sich für das Unternehmen zu engagieren oder sich betriebspezifisches Wissen anzueignen, verhindern. Dem Grundsatz vom lebenslangen Lernen wird damit keine Rechnung getragen.

Mitarbeiter, die nicht auf Dauer zur Firma gehören, werden oft nicht als „echter“ Teil des Unternehmens oder manchmal sogar als unliebsame Konkurrenten wahrgenommen. Neid und Mobbing finden Nahrung.

Die Befristung eines Arbeitsverhältnisses ist nur wirksam, wenn sie gesetzlich zulässig ist. Hier gilt es, die Regelungen dahingehend zu überprüfen, dass Befristungsmöglich-



„Weil Arbeit WERTvoll ist, brauchen junge Menschen Jobs mit einer Perspektive, die Sicherheit schafft. Die Berufswahl ist eine Entscheidung fürs Leben. Mit einem befristeten Job kann man keine Familie planen und auch kein Haus finanzieren.“

**Bernd Schulze-Waltrup, CDU-Mitglied seit 1996**

keiten nur noch in gebotenen Fällen bestehen und diese nicht missbraucht werden. Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind oftmals keine Brücke in den regulären Arbeitsmarkt, sondern dienen vielmehr der Umgehung eines sozialversicherungspflichtigen Dauerarbeitsverhältnisses mit angemessener Vergütung und vollumfänglichem Kündigungsschutz. Fakt ist, wir brauchen eine Kultur in Deutschland, in der das unbefristete Dauerarbeitsverhältnis die Regel ist, damit die redlich arbeitenden Menschen eine sichere Perspektive haben.

### Sachgrundlose Befristungen einschränken

Nach § 14 Absatz 2 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes darf ein Arbeitsverhältnis ohne sachlichen Grund für maximal zwei Jahre vereinbart werden, wenn noch nie ein Arbeitsverhältnis mit diesem Arbeitgeber bestand (Vorbeschäftigungsverbot). Bei einer kürzeren vereinbarten Zeit kann die Befristung insgesamt dreimal bis zu einer Gesamtdauer von zwei Jahren verlängert werden. Allerdings kann ein Tarifvertrag abweichende Regelungen treffen. Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, dass das Vorbeschäftigungsverbot nicht gilt, wenn zwischen zwei Verträgen ein Zeitraum von drei Jahren lag. Das heißt, dass nach drei

Jahren auch derselbe Arbeitgeber wieder sachgrundlos befristet darf.

Der Anteil der sachgrundlosen Befristungen steigt ständig. Befristungen ohne sachlichen Grund sind oftmals nichts anderes als eine „verlängerte Probezeit“ oder ein geeigneter Weg, die Belegschaft einfacher abzubauen. Hier ist Missbrauch vorprogrammiert. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse werden sukzessive durch befristete ersetzt, da man dies nicht begründen muss. Es wäre daher nur sachgerecht, Befristungen nur noch aus gutem Grund zuzulassen. Ansonsten besteht eine immer größer werdende Gefahr, dass Unternehmen immer mehr von Befristungen Gebrauch machen, obwohl es dafür im Einzelfall keinen Anlass gibt.

Die Möglichkeit einer erneuten sachgrundlosen Befristung nach der von der Rechtsprechung vorgesehenen Unterbrechung (drei Jahre) dürfte nicht selten dazu führen, dass Großunternehmen und Konzerne ihre Mitarbeiter an eine Leiharbeitsfirma vermitteln, um diese direkt bei der neuen Firma wieder auszuleihen und nach Ablauf der Unterbrechungszeit wieder selbst sachgrundlos befristet unter Vertrag zu nehmen. Diese Praxis sollte durch das Vorbeschäftigungsverbot verhindert werden. Dass das Bundesarbeitsgericht entgegen der



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, müssen wir als Kunden auch die Wertschätzung über Preise akzeptieren.“*

**Willi Zylajew MdB,**  
CDU-Mitglied seit 1969

Gesetzeslage das Vorbeschäftigungsverbot mit der Drei-Jahres-Frist zum Teil aushebelt, ist misslich. Auch hier sind gesetzliche Neuregelungen notwendig.

### Fazit

Die Einschränkung der Befristungsmöglichkeiten sowie die Neuregelung der Befristung ohne Sachgrund sind zwingend notwendig, weil damit ein wesentlicher Störfaktor im Verhältnis zwischen Belegschaft und Arbeitgebern beseitigt werden würde. Die Folgen wären durchgehend positiv. Betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden durch unbefristete Dauerarbeitsverhältnisse eine echte Perspektive haben. Unternehmen hätten im Falle einer wirtschaftlichen Schiefelage noch die Möglichkeit, sich über ordentliche Kündigungen in sozialverträglicher Art und Weise von Mitarbeitern zu trennen. Die Arbeitsgerichte würden durch die Reduktion der Entfristungsklagen bei rechtsunwirksamer Befristung entlastet. Das Wichtigste wäre jedoch, dass Betriebe die sachgrundlose Befristung nicht mehr dahingehend ausnutzen, um Arbeitsplätze abzubauen. Dafür setzt sich die CDA mit ihrem Antrag ein. ■



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, sollte man jungen Menschen eine gute Perspektive geben. Das heißt, sie ordentlich bezahlen, aber eben auch nicht immer wieder befristete Arbeitsverträge anbieten.“*

**Hajo Schneider, CDU-Mitglied seit 1972**

*Willi Zylajew MdB,*  
CDA-Schatzmeister

## Aktuelle Zahlen zur Befristung von Arbeitsverträgen in Deutschland

### Gastbeitrag von Christian Hohendanner, Mitarbeiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Für Aristoteles war es die Unabhängigkeit von bezahlter Erwerbsarbeit, die den freien Bürger von unfreien Sklaven, Handwerkern und Kaufleuten unterschied. Heute hingegen ist abhängige Erwerbsarbeit ein begehrtes Gut. Doch gerade Berufsanfänger stehen am Anfang ihrer Karriere oft vor den verschlossenen Toren der normalen Arbeitswelt. Offen steht ihnen nur die befristete Anstellung.

Zwischen 1996 und 2010 stieg der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Angaben des IAB-Betriebspanels von unter fünf auf etwa neun Prozent. Weit über zwei Millionen Arbeitskräfte sind heute auf Basis eines befristeten Vertrags tätig. Besonders eindrucksvoll zeigt sich die Bedeutung befristeter Verträge bei Neueinstellungen: Zwischen 2001 und 2010 sind die befristeten Neueinstellungen von 32 auf 46 Prozent angestiegen.

Studien zeigen allerdings auch, dass befristete Arbeitsverträge – im Gegensatz zu Leiharbeit – nicht selten ein Sprungbrett in unbefristete Beschäf-

tigung sind. Im ersten Halbjahr 2010 wurden in deutschen Betrieben 33 Prozent der befristeten Verträge in unbefristete umgewandelt, 36 Prozent wurden verlängert und 31 Prozent der Verträge liefen aus. Relativ hohe Übernahmequoten sind zwar generell ein schlagkräftiges Argument für die Brückenfunktion befristeter Verträge. Sie bestärken aber auch die Vermutung, dass Befristungen zum Teil pauschal erfolgen, obwohl der Arbeitgeber bereits bei der Einstellung ein unbefristetes Arbeitsverhältnis anstrebt.

Der Anteil der befristeten Arbeitnehmer, die keine Daueranstellung wünschen, lag nach Angaben der europäischen Arbeitskräfteerhebung 2010 in Deutschland bei drei Prozent. Dies ist nicht verwunderlich, denn Beschäftigungsverhältnisse auf Zeit sind mit erheblichen Nachteilen verbunden. Studien konnten zeigen, dass befristet Beschäftigte nicht nur weniger Lohn als vergleichbare unbefristete Beschäftigte erhalten, Beschäftigungsunsicherheit beeinträchtigt auch die psychische Gesundheit und das Gefühl sozialer Teilhabe. Befristete Verträge können sich nicht nur negativ auf den Vermögensaufbau auswirken, wie eine amerikanische Studie zeigt. Auch Familiengründungen werden laut einer Studie aufgescho-



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, gilt folgender Satz: Arbeit stärkt das Selbstbewusstsein der Menschen nach dem Motto ‚Ich bin wer, ich kann etwas‘.“*

**Gustav Bergemann Mdl,**  
CDU-Mitglied seit 1991

ben. Vor allem junge Arbeitnehmer werden befristet beschäftigt, die als potenzielle Familiengründer infrage kommen. Die Befristungsquote bei Arbeitnehmern bis 25 Jahre liegt immerhin bei 30 Prozent.

Die Zunahme befristeter Verträge hat dazu geführt, dass der Ruf nach einem Verbot sachgrundloser Befristungen lautgeworden ist. Dieses würde aber die Gefahr von Ausweichreaktionen auf Befristungen mit Sachgrund, Leiharbeit oder Werkverträge nach sich ziehen.

Etwa 40 Prozent aller befristeten Verträge werden in den so genannten „sozialen Dienstleistungen“ abgeschlossen, die größtenteils in staatlicher Hand sind oder vom Staat gesteuert und finanziert werden: den Branchen Erziehung und Unterricht, Gesundheit und Soziales, in gemeinnützigen Einrichtungen und in der öffentlichen Verwaltung. Der Staat spielt demnach direkt als Arbeitgeber sowie indirekt in seiner Funktion als Geldgeber und Auftraggeber öffentlicher Dienstleistungen eine wichtige Rolle in der Verbreitung befristeter Verträge. ■



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, darf sie nicht unter WERT ‚verkauft‘ und nicht auf dem ‚globalisierten Altar‘ der Prekarisierung geopfert werden.“*

**Karl-Hubert Troglauer,** CDU-Mitglied seit 1974

## Freiheit braucht Mut: Impulstext „Chancengerechte Gesellschaft“

Gastbeitrag von Dr. Dagmar Nelleßen-Strauch, Referentin für gesellschafts- und sozialpolitische Grundsatzfragen der Deutschen Bischofskonferenz



Die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlichte kürzlich den Impulstext „Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung“, in dem – für viele überraschend – die Freiheit als zentraler Begriff des christlichen Glaubens und sozialetischer Maßstab in den Mittelpunkt gerückt wird.

Unsere moderne freiheitliche Gesellschaft hat eine Erweiterung der persönlichen Handlungs- und Entscheidungsspielräume bewirkt und damit vielfältige Möglichkeiten in allen Lebensbereichen eröffnet. Jedoch spaltet sich die Gesellschaft in diejenigen, die zuversichtlich Chancen und Möglichkeiten ergreifen und diejenigen, die zögerlich sind, vielleicht auch resignieren. Letztere richten sich in Nischen ein oder finden sich – oft auch

ohne eigenes Verschulden – am Rand der Gesellschaft wieder.

Der Athener Perikles hat diese Ambivalenz treffend zum Ausdruck gebracht: „Zum Glück brauchst du Freiheit, zur Freiheit brauchst du Mut.“ Die Menschen müssen starkgemacht und zur Freiheit befähigt werden. Nur so können sie die mit der Freiheit verbundenen Risiken annehmen. Andererseits brauchen sie Möglichkeiten, ihre Talente und Fähigkeiten zu entfalten. Daneben stellt der Impulstext fest: „Nur wer darauf vertrauen kann, nicht ins Bodenlose zu fallen, wird auch bereit sein, sich den Gefahren zu stellen. Deshalb muss eine freiheitliche Gesellschaft immer auch eine solidarische Gesellschaft sein.“

Dies bedeutet nicht, nachträglich Fehlentscheidungen oder alle Lebens-

risiken durch den Staat abzusichern, zumal die Steuerungsmöglichkeiten der Politik und die finanziellen Ressourcen des Staates begrenzt sind. Es bedeutet vielmehr, über das gesamte Leben hinweg immer wieder Chancen für ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen. Dabei geht es auch um die Aktivierung bisher ungenutzter Talente und damit um einen Beitrag, der Gesellschaft zu den Potenzialen zu verhelfen, die sie für einen langfristigen Erfolg benötigt.

Neben Bildung und Generationengerechtigkeit nimmt der Impulstext den Arbeitsmarkt als Perspektive einer chancengerechten Gesellschaft in den Blick. Im Fokus stehen vor allem die Geringqualifizierten, die weiterhin schlechte Arbeitsmarktchancen haben. „Die Erwerbsarbeit“, so der Impulstext, „ist für die meisten Menschen nach wie vor eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und die wirtschaftliche Grundlage für eine eigenverantwortliche und freie Lebensführung.“ Die Eingliederung in das Erwerbsleben und eine selbstbestimmte Lebensführung sind das vordringliche Ziel, hieran sollten sich arbeits- und sozialpolitische Instrumente orientieren. ■

Der Impulstext steht als kostenloser Download unter folgendem Link im Internet zur Verfügung:  
 > [http://www.dbk-shop.de/media/files\\_public/dksolgow/DBK\\_1234.pdf](http://www.dbk-shop.de/media/files_public/dksolgow/DBK_1234.pdf)

## Ausdruck von Lohngerechtigkeit Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort



Zu den zentralen Themen in unserer Gesellschaft gehört die Lohngerechtigkeit. Dazu gehören die Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen, zwischen den Beschäftigten in den alten und neuen Bundesländern, aber eben auch die Entgeltgleichheit zwischen Stammbeschaftung und Leihbeschäftigten. Das gesunde

Gerechtigkeitsempfinden sagt einem, dass man dasselbe verdienen muss, wenn man dieselbe Arbeit verrichtet. Für die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gilt eigentlich der Grundsatz von „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Doch das Arbeitnehmerüberlassungs-

gesetz erlaubt, über Tarifverträge von der Gleichbehandlung abzuweichen. Das führt dazu, dass Leiharbeiter immer mehr zu Menschen zweiter Klasse werden: sie arbeiten für 30 Prozent oder 50 Prozent weniger Lohn als die Kolleginnen und Kollegen.



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, muss die Politik durch einen gesetzlichen Mindestlohn dem Lohndumping Einhalt gebieten.“*

**Dr. Christian Bäuml,**  
CDU-Mitglied seit 1982

## Zeitarbeit wird missbraucht

Zeitarbeit kann aus Sicht des Unternehmens sinnvoll sein, um Personalengpässe zu überbrücken, Auftragsspitzen abzufangen und nur vorübergehend benötigte Spezialisten zu rekrutieren. Auch aus der Sicht der Beschäftigten in der Zeitarbeit kann sich ein solches Anstellungsverhältnis lohnen, um einen Weg in die reguläre Beschäftigung zu finden, indem er sich in der Entleihfirma bewährt und dann in die Stammbeschaftung aufgenommen wird. Es zeigt sich aber immer deutlicher, dass das Instrument der Leiharbeit nicht genutzt wird, um eine nötige Flexibilität für besondere Situationen zu schaffen. Es ist zu erkennen, dass Leiharbeit in einer wachsenden Zahl von Branchen missbraucht wird, um Lohnkosten zu sparen. Damit werden faktisch dauerhaft Tarifverträge unterlaufen, die man selbst unterschrieben hat. Hiermit wird eine Friedensgrenze verletzt. Es werden nicht nur die Beschäftigten um einen angemessenen Lohn gebracht. Es wird auch ein verzerrender Wettbewerb über die Löhne zulasten von Unternehmen in Gang gesetzt, die ihre Beschäftigten anständig bezahlen. Hiervon sind gerade auch mittelständische Unternehmen betroffen.

Es gibt erhebliche Lohnunterschiede zwischen Zeitarbeitnehmern und fest im Entleihbetrieb Angestellten. Der DGB schätzt, dass die Beschäftigten in der Leiharbeit bis zu 50 Prozent weniger verdienen. 77 Prozent der vollzeitbeschäftigten Zeitarbeitskräfte erhalten einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle, nämlich einen durchschnittlichen Monatsverdienst von 1.300 Euro. Jeder siebte bis achte



„Weil Arbeit WERTvoll ist, sind Dumpinglöhne unsozial.“

Peter Freese,  
CDU-Mitglied seit 2000

beschäftigte Zeitarbeiter ist auch bei Vollzeitarbeit ergänzend auf Hartz IV angewiesen. Im Zeitraum von Mai 2008 bis Mai 2009 wurden nach Auskunft der Bundesregierung rund 531 Millionen Euro Staatshilfen an Vollzeitbeschäftigte gezahlt, die in der Zeitarbeitsbranche tätig sind.

### **Zeitarbeit als Instrument, um Kosten zu senken**

Laut einer Umfrage von Gesamtmetall (Frühjahr 2010) sagen 15 Prozent der Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie, Zeitarbeit sei für sie ein Instrument, um Kosten zu senken. Zeitarbeit ist zu einem Instrument geworden, um systematisch vom jeweils in der Branche geltenden Tarif abweichen zu können. Leidtragende sind nicht nur die betroffenen Zeitarbeitnehmer. Vielmehr wird durch die Möglichkeit der Abweichung vom Branchentarif der Druck auch auf die Löhne der Stammbeschafteten nach unten verstärkt.

Auch eine Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem April 2010 hebt die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen kritisch hervor:

„Da die Tarifverträge der Zeitarbeit in Deutschland jedoch eine Entlohnung deutlich unterhalb derjenigen etwa in der Metall- und Elektroindustrie vor-

sehen, können Arbeitgeber damit ihre Randbelegschaften günstiger beschäftigen als das Stammpersonal. Mithin zeigt sich auch hier eine Ungleichverteilung der Risiken und Flexibilitätszulasten dieser atypisch Beschäftigten.“ Die Studie kritisiert, dass eine „auf Dauer angelegte Ungleichbehandlung von Zeitarbeitern und Stammbeschafteten“ nicht dem Grundverständnis der Sozialen Marktwirtschaft entspreche.

Schließlich wird die Forderung erhoben: „Auch sollte mit Ausnahme sehr kurzer Einarbeitungszeiten eine Annäherung an die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Stammbeschafteten mit gleichartigen Tätigkeiten angestrebt werden.“ Die Autoren der Studie erhoffen sich gerade davon eine Stärkung des Klebeffektes, dass Zeitarbeit im Vergleich zu regulärer Beschäftigung teurer wird. Derzeit sehen sie die arbeitsmarktpolitische Bedeutung eher zurückhaltend. Es habe sich „mittlerweile... ein eigständiges, dauerhaftes Beschäftigungssegment entwickelt, das für viele Arbeitnehmer die Hoffnung auf einen raschen Übergang in reguläre Erwerbstätigkeit bislang nicht erfüllen konnte.“ (Pressemitteilung der Bertelsmann Stiftung zu der Studie, 27.04.2010).

### **Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln**

Gerechtigkeit heißt: Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Dieser elementare Grundsatz erfordert es auch, gleiche Arbeit gleich zu bezahlen.

Die Verankerung eines Mindestlohns in der Zeitarbeit ist eine notwendige,

aber keine hinreichende Maßnahme, um Lohngerechtigkeit zwischen Zeitarbeitnehmern und Stammbeschafteten herbeizuführen. Vielmehr kommt es entscheidend darauf an, dass für gleiche Arbeit auch gleicher Lohn gezahlt wird. Daher tritt die CDA dafür ein, dass nach einer Einarbeitungszeit der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten muss – ohne Möglichkeit, davon (wie derzeit durch Zeitarbeitstarifverträge) abzuweichen.

Die Einarbeitungszeit soll so bemessen sein, dass einerseits echte Einarbeitung möglich ist, dass es sich andererseits für den Entleihbetrieb aber nicht lohnt, Zeitarbeiter nach Ablauf dieser Einarbeitungszeit einfach auszutauschen. Der Abschlag vom Lohn der Festangestellten während dieser Einarbeitungszeit muss der Höhe nach begrenzt sein. Die Bundesregierung hat in diesem Frühjahr angekündigt, nach einem Jahr über die Tarifentwicklung in der Leiharbeit Bilanz zu ziehen und zusammen mit einer Kommission gesetzlichen Handlungsbedarf zu prüfen. Für uns ist klar: Der Vorschlag kann nur lauten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort!

### **Lohngerechtigkeit ist der Schlüssel**

Lohngerechtigkeit ist der Schlüssel. Von der Verwirklichung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ versprechen wir uns nicht nur bessere Einkommen für die Betroffenen, sondern auch strukturelle Verbesserungen. ■

Dr. Markus Gloe,  
Hauptgeschäftsführer der  
CDA Deutschlands

## Ein Plädoyer für die Wahrung der Tarifautonomie und für eine allgemeine Lohnuntergrenze

Der Ruf nach dem helfenden Staat ist immer dann zu hören, wenn Teile der Gesellschaft überfordert sind, Probleme selbst zu lösen. Beispiele hierfür ließen sich in Form staatlicher Garantien seit der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 etliche finden. Spätestens dann verstummten auch wirtschaftsliberale Kräfte, die ein möglichst geringes Maß an staatlichem Engagement protegieren, im Staat nur den Reparaturbetrieb für Verkehrsunfälle des Marktes sehen. Wo und wann darf aber ein Staat im Interesse der Menschen in den Wirtschaftsprozess ordnend und lenkend eingreifen, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, den Max Weber gegenüber Bismarck gemacht habe: Er habe eine Nation hinterlassen, die sich nur allzu gern (wenig bedacht) auf die Politik des großen Staatsmanns verlasse, getreu dem Motto: Der Staat werde es schon richten?

Das Thema Mindestlohn ist solch ein durchaus strittiges Thema. Es ist zwar auf den ersten Blick beruhigend, dass die Mehrheit in der Bevölkerung für einen solchen Mindestlohn plädiert. Aber ist er historisch gerechtfertigt und ordnungspolitisch geboten?

### **Tarifpartnerschaft hat sich bewährt**

Grundsätzlich obliegt die Lohnfindung in Deutschland den Tarifpartnern. Diese Tarifautonomie hat sich über Dekaden bewährt. Doch setzt ein Funktionieren der Tarifautono-

mie voraus, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Interessenvertretungen (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden) organisiert sind. Hier aber hat sich ein entscheidendes Problem entwickelt: Bereits seit Jahren haben wir es mit sinkenden Organisationsgraden in den Gewerkschaften zu tun, aber auch in den Arbeitgeberverbänden. Dies führt dazu, dass in einigen Branchen nur ein geringer Teil der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind. Und viele Branchen werden von den Gewerkschaften schon lange nicht mehr erreicht. Studien zeigen, dass Interessen der Arbeitnehmer zunehmend individualisiert sind und mit neuartigen Beschäftigungsstrukturen einhergehen, die den klassischen gewerkschaftlichen Mitgliederstrukturen nicht entsprechen. Diese Entwicklungen spiegeln sich in sinkenden gewerkschaftlichen Organisationsgraden wider – bis hin zu quasi gewerkschaftsfreien Branchen. Diese Tendenzen beobachte ich mit großer Sorge, denn schließlich haben wir in den letzten 60 Jahren eine Soziale Marktwirtschaft kultiviert, mit der wir es geschafft haben, breite gesellschaftliche Schichten am Wohlstand unseres Landes zu beteiligen. Hierzu hat vor allem auch die Tarifautonomie einen entscheidenden Beitrag geleistet: In prosperierenden Branchen konnten die Gewerkschaften für Arbeitnehmer gute Tarifabschlüsse aushandeln – genau wie sich die Tarifpartner in Krisenzeiten auf geringere Tarifabschlüsse einigen

konnten. Der Staat hätte die Lohnfindung nie so gut austarieren können wie die Tarifpartner in ihren jeweiligen Branchen. Mit den sinkenden gewerkschaftlichen Organisationsgraden (der aber im Gegensatz dazu gleich bleibenden Verantwortung der Tarifpartner für die Lohnfindung) droht die Gefahr, dass Arbeit auf dem Markt zunehmend zum Schleuderpreis angeboten wird. Die menschliche Arbeitskraft pervertiert indessen im Zuge gewerkschaftlicher Askese zusehends zu einem Objekt, das beliebig nach der „Geiz ist geil“-Mentalität eingekauft – oder gar nur kurzzeitig geleast – werden kann. Dies sind Besorgnis erregende Tendenzen, die sich auf Dauer nicht verselbständigen dürfen – und genau deshalb ist der Ruf nach der helfenden Hand des Staates beim Thema Mindestlohn gerechtfertigt.

### **Die Höhe des Mindestlohns ist entscheidend**

Doch die Diskussion um einen Mindestlohn wird von zwei wesentlichen Aspekten bestimmt: Zum einen sehen Kritiker die Gefahr eines unzulässigen Eingriffs in die Tarifautonomie und zum anderen seien durch einen Mindestlohn Arbeitsplätze gefährdet. Beide Argumente – so denke ich – können entkräftet werden.

Entscheidend für die Effektivität eines Mindestlohns wird seine Höhe sein. Sie entscheidet darüber, ob Arbeitsplätze vernichtet werden oder

erhalten bleiben und sie entscheidet mit darüber, ob ein Mindestlohn als fair (und damit auch als sozial sinnvoll) empfunden wird. Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass ein allgemein gesetzlich festgeschriebener Mindestlohn einen Eingriff in die Tarifautonomie darstellen würde. Allerdings: Tarifautonomie darf keine politikfreien Räume etablieren, die klar zum Nachteil der Arbeitnehmer führen. Daher haben sich die CDU-Sozialausschüsse auf ihrer letzten Bundestagung für eine allgemeine Lohnuntergrenze ausgesprochen. Sie soll als nachgelagerte Maßnahme ein Auffangtatbestand für Arbeitnehmer darstellen, die in Branchen arbeiten, in denen es mangels gewerkschaftlicher Organisation keine von den Tarifpartnern ausgehandelten Tarifverträge gibt. Als Referenzgröße soll der von den Tarifparteien ausgehandelte Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche gelten. Dies hätte den Charme, dass die Tarifautonomie gewahrt bleibt und auch branchenspezifische Mindestlöhne (die von Tarifpartnern ausgehandelt wurden) vorrangig sind. Auch die Frage der Dynamisierung einer solchen Lohnuntergrenze könnte somit entpolitisiert werden. Die Dynamisierung, also die Frage, wie die Höhe einer allgemeinen Lohnuntergrenze regelmäßig angepasst werden kann, ist nicht völlig problemfrei. Schließlich könnte die Höhe

eines Mindestlohnes in Wahlkämpfen parteipolitisch instrumentalisiert werden, um über einen Überbietungswettbewerb (welche Partei bietet den höchsten Mindestlohn) mehr Stimmen zu gewinnen. Würden solche in Wahlkämpfen formulierten überhöhten Mindestlöhne umgesetzt, könnten diese in ihrer Konsequenz Arbeitsplätze kosten. **Eine allgemeine, subsidiäre Lohnuntergrenze würde die Tarifautonomie weiterhin wahren und die Tarifpartner nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.**

### CDU will gerechten Lohn

Die Wahrung der Tarifautonomie gehört zu den Kernthemen der Union. Die Tarifautonomie wäre mit Etablierung einer Lohnuntergrenze programmatisch nicht obsolet. Ihre programmatische Verankerung wäre mit den Positionen der Union nicht nur vereinbar, sondern würde sie gar flankieren, denn sie lässt sich normativ aus dem christlich-sozialen Menschenbild und ordnungspolitisch aus der Idee der Sozialen Marktwirtschaft ableiten. Aus dem christlich-sozialen Menschenbild, weil die kirchliche Soziallehre den Begriff des „gerechten Lohns“ kennt, aus dem sie ableitet, dass der Lohn dem Menschen soziale Teilhabe ermöglichen sollte. Nicht zuletzt hält auch einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, Alfred Müller-Armack, eine Lohnmindesthöhe für unproblematisch, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden.



„Weil Arbeit WERTvoll ist, ist sie guten Lohn wert.“

Gerhard Winter,  
CDU-Mitglied seit 1976

### Die Soziale Marktwirtschaft stärken

Wer der Union mit dem Plädoyer für eine Lohnuntergrenze im Trend eines wenig informierten, aber meinungsstarken Journalismus eine Abkehr von ihren Grundsätzen vorwerfen mag, wird ihr in Wahrheit Pragmatismus vorwerfen. Ich meine, eine allgemeine Lohnuntergrenze ist die logische Konsequenz aus den Entwicklungen der letzten Jahre. Wir folgen damit keiner politischen Strömung, die nur kurzzeitig wie ein Strohfeuer aufflackert. Es ist das, was ich eingangs als empirisch fundierten politischen Willen bezeichnet habe. Es entspringt keinem kurzfristigen Politikstil, der lediglich auf Wahlerfolge abzielt. Es geht mithin um einen Beitrag zur Festigung der Sozialen Marktwirtschaft, die auch weiterhin die Teilhabe breiter gesellschaftlicher Schichten ermöglichen soll. Nicht aus Lust an staatlicher Bevormundung und im guten Glauben daran, dass es der Staat schon richten könne. Nein. Es geht vielmehr um Verantwortung des Staates gegenüber den Menschen, die sich zunehmend aus Parteien, Vereinen und damit auch aus Gewerkschaften zurückziehen. In der Sache ist dann aber der Ruf nach dem Staat nicht nur legitim, sondern historisch gerechtfertigt und ordnungspolitisch geboten. ■

Dr. Matthias Zimmer MdB,  
CDA-Landesvorsitzender Hessen



„Weil Arbeit WERTvoll ist, schafft nur sie MEHRwert und soziale Sicherheit!“

Albert Angeli,  
CDU-Mitglied seit 1991



## Mehr Mut zur ordnungspolitischen Initiative!

Mit ihren Hartz-Reformen wollte die damalige rot-grüne Bundesregierung nach eigenem Bekunden erreichen, dass Arbeitslose leichter einen Job finden und die Anreize zur Arbeitsaufnahme gestärkt werden. Über die Folgen eines erhöhten Drucks zur Beschäftigungsaufnahme und der massiven Ausweitung des Niedriglohnsektors auf die allgemeine Lohnentwicklung hat sie sich dabei keine Gedanken gemacht. Sie ist mit ihren Maßnahmen übers Ziel hinausgeschossen und hat insbesondere auch versäumt, einen so massiven Eingriff in die Lohnbalance mit ordnungspolitischen Leitplanken zu flankieren.

Ein Ergebnis ist, dass – vor der Kulisse eines rapiden Wirtschaftswachstums – die Löhne von Geringverdienern seit der Jahrtausendwende rapide gesunken sind und auch Normalverdiener spürbare Einbußen hinnehmen mussten. Dem stehen, wie gerade das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung festgestellt hat, zumindest geringe Zuwächse bei Besserverdienenden gegenüber. Im Durchschnitt sind die Reallöhne



„Weil Arbeit WERTvoll ist, muss zukünftig Teilzeit „Mehrzeit“ sein als heute üblich. In einer Umfrage hat fast die Hälfte der regulär teilzeitbeschäftigten Frauen und zwei Drittel der Mini-Jobberinnen bekundet, sie würden gerne eine längere Arbeitszeit haben als sie letztlich vertraglich vereinbaren konnten. Damit diese Wünsche in Erfüllung gehen können, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden. Dies wäre auch ein Beitrag, um bei der prognostizierten demografischen Entwicklung dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.“

**Egbert Biermann, Mitglied der CDU seit 1973**

zwischen 2000 und 2010 um 2,5 Prozent gesunken, in den drei untersten Einkommensgruppen sogar um 16 bis 22 Prozent.

### Unionspolitik für Branchenmindestlöhne

Eine rot-grüne Regierung, die den kleinen Leuten in die Taschen gegriffen hat, und CDU-geführte Regierungen, die ihnen eine Teilhabe am wachsenden Wohlstand garantier(t)en, das passt nicht in so manches Klischee, ist aber die Realität. Es ist unsere Aufgabe, deutlich zu machen, wer für den Lohnverfall politisch verant-

wortlich ist. Wir als Union sind aber auch in der Verantwortung, Fehlentwicklungen aufgrund von Eingriffen in der Vergangenheit zu korrigieren. Diese Verantwortung haben wir zum Beispiel mit einer konsequenten Politik für Branchenmindestlöhne angenommen. Mindestlöhne sind, so bescheinigt der Direktor des Instituts für Arbeitsmarktforschung, Professor Joachim Möller, ein adäquates Mittel gegen die wachsende Lohnspreizung.

### Vier Millionen vor Dumping-Löhnen geschützt

Im Gebäudereinigerhandwerk zum Beispiel, im Wach- und Sicherheitsgewerbe, für die Pflegehilfskräfte und künftig auch in der Leiharbeit sichern auf Tarifverträgen basierende Branchenmindestlöhne, die unter Regierungsverantwortung der Union eingeführt wurden, die Beschäftigten vor einem Lohnverfall. Das alles sind Branchen, in denen die Löhne eher bescheiden sind, in denen es für die Beschäftigten meist auf jeden Cent



„Weil Arbeit WERTvoll ist, muss sie gepflegt werden, muss sie wertgeschätzt werden, muss sie geschützt werden, darf sie auch was kosten, muss sie einen WERT haben, ist sie ein wichtiges Gut, muss man sie pflegen, kann sie kein Schnäppchen sein, gibt es sie nicht umsonst!“

**Sascha Kohlmann, Mitglied der CDU**



„Weil Arbeit WERTvoll ist, müssen wir dafür sorgen, dass man auch tatsächlich von ihr leben kann und der Mensch, der die Arbeit verrichtet, geschätzt, und nicht wie ein Objekt zur Profitmaximierung behandelt wird.“

**Dominik Lawatsch, CDU-Mitglied seit 2009**



ankommt. Erfinder des Branchenmindestlohns war übrigens Norbert Blüm, der einen bundesweiten Mindestlohn für das Baugewerbe initiierte. Von knapp vier Millionen Beschäftigten, in deren Branchen solche Mindestlöhne gelten, sind gerade einmal ein Zehntel unter „Rot-Grün“ zu Stande gekommen.

In der Diskussion um weitere Mindestlöhne zeigt sich, dass sich leider auch einige in den eigenen Reihen immer noch schwertun mit diesem Instrument und einer aktiven Ordnungspolitik. Das macht es nicht leicht, diese unsere Erfolgsgeschichte auch öffentlich zu vermitteln. Insbesondere wird die Sorge geäußert, dass Mindestlöhne in die Lohnbalance eingreifen und Arbeitsplätze für Geringerverdienende gefährdet werden könnten. Dabei wird verkannt, dass die Balance wieder gestärkt und keineswegs verzerrt wird. Das zeigt sich auch in der Praxis. Bei

jeder Einführung eines tariflichen Mindestlohns wurde bisher mit signifikanten Arbeitsplatzverlusten argumentiert und bei derzeit zehn Mindestlöhnen hat sich diese Annahme in keiner Branche bestätigt. Selbst von den einstigen Kritikern ist kein Anlauf zu registrieren, einen entsprechenden Nachweis zu führen.

Wir können also heute das Fazit ziehen, dass mit Mindestlöhnen, die an tarifvertraglichen Regelungen anknüpfen, die Lohnbalance gewahrt bleibt. Was aber spricht dann dagegen, unter Wahrung dieser Balance einen Mindestlohn auch für die Bereiche einzuführen, in denen die rechtlichen Voraussetzungen für einen Branchen-Mindestlohn nicht gegeben sind? ■

*Peter Weiß MdB,  
Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*



„Weil Arbeit WERTvoll ist, muss sie eine deutlich höhere WERTschätzung erfahren! Wir müssen jeder weiteren Abwertung von Arbeit energisch entgegenreten.“

**Heinz Wiese, CDU-Mitglied seit 1967**



## Niedersächsischer Handwerkspräsident plädiert für Lohnuntergrenze

Der niedersächsische Handwerkspräsident Karl-Heinz Bley ist für die Einführung einer Lohnuntergrenze und unterstützt die entsprechenden Forderungen aus Reihen des CDU-Arbeitnehmerflügels CDA. Das wurde am Rande eines Parteitags der CDU Niedersachsen bekannt. Bley begrüßte den CDA-Antrag, eine Lohnuntergrenze in Anlehnung an den Mindestlohn in der Leiharbeit einzuführen: „Wir brauchen eine Lohnuntergrenze, deren Höhe tarifvertraglich verhandelt wurde“, so der Handwerkspräsident, der auch Landtagsabgeordneter der Union ist. Der Antrag der CDA biete diesen tarifbezogenen Ansatz. „Deshalb sollten wir ihn in der Partei ernsthaft diskutieren“, erklärte Bley.

*Karl-Heinz Bley MdL,  
Präsident der Unternehmerverbände  
Handwerk Niedersachsen, Präsident  
des Niedersächsischen Handwerkstages*

## Vom gerechten Lohn Papst Leo XIII. und „Rerum novarum“



Papst Leo XIII, etwa 1878

Die Frage nach dem „gerechten Lohn“ beschäftigt die christlich-soziale Bewegung seit ihren Anfangstagen. Schon in der „Geburtsurkunde“ der Katholischen Soziallehre, der Enzyklika „Rerum novarum“, wird ausführlich erörtert, was ein gerechter Lohn ist und

wie er zustande kommt. „Rerum novarum“ ist der Titel eines Lehrschreibens von Papst Leo XIII. aus dem Jahr 1891. Der lateinische Titel kann mit „Von den neuen Dingen“ übersetzt werden. Das war eine Anspielung auf die als „neues Zeitalter“ empfundenen sozialen Um-

brüche in der Industrialisierung. Viele Arbeiter und ihre Familien gerieten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts infolge der frühkapitalistischen Umwälzungen in Existenznot.

Die scharfe Antwort der katholischen Kirche auf die „Soziale Frage“ war die kraftvolle Enzyklika Leos. „Rerum novarum“ gilt heute als Manifest der katholischen Soziallehre moderner Prägung. Leo, der als „Arbeiterpapst“ in die Geschichte einging, wandte sich gegen die Ausbeutung der Besitzlosen und Arbeiter. Er forderte die Gesellschaft auf, ihre Rechte zu achten. Er plädierte für eine staatliche Sozialpolitik, die von der Kirche flankiert werden sollte. Leo verurteilte die massenhafte Verelendung im ungezügelten Kapitalismus ebenso wie die sozialistische Idee vom vermeintlich naturgegebenen „Klassenkampf“. Er mahnte, Armut und Perspektivlosigkeit nicht hinzunehmen, sondern zu bekämpfen.

„Rerum novarum“ (RN) bewertet die Lage der Arbeiter und Besitzlosen mit drastischen Worten: Sie seien in ein „sklavisches Joch“ (RN 2) getrieben worden. Die sozialistische Antwort, das Eigentum aufzuheben, wird genauso vehement abgelehnt wie die „Entmachtung“ der Familie zugunsten des Staates (RN 11). Nur ein Dreiklang aus kirchlichem Handeln, staatlicher

Leo XIII. (1892): Rerum novarum. In: Texte zur katholischen Soziallehre. Herausgegeben vom Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands. 7., erweiterte Auflage Köln 1989. S. 41-80.



„Weil Arbeit WERTvoll ist, benötigen wir viele engagierte Köpfe für die Durchsetzung von Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Menschen sind keine Verfügungsmasse, wer in Vollzeit arbeitet, muss mit seinem Lohn auskommen können. Arbeit-Leistung-Wohlfahrt bildet hierbei die Basis.“

**Holger Diehr, CDU-Mitglied seit 2003**



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, dürfen wir nicht zulassen, dass sie wie Ramschware behandelt wird. Deshalb Schluss mit Ausbeutung durch Leiharbeit, Werkverträge und andere Dumpingformen der Beschäftigung!“*

**Martin Kamp, CDU-Mitglied seit 1986**



tervereinigungen löse die „Soziale Frage“.

Für Leo spielt dabei die Lohnfrage eine entscheidende Rolle. Für ihn ist es ein religiöses und moralisches Gebot, einen „gerechten Lohn“ zu zahlen:

„Vor allem aber ist es Pflicht der Arbeitsherren, den Grundsatz: jedem das Seine, stets vor Augen zu behalten. Dieser Grundsatz sollte auch unparteiisch auf die Höhe des Lohnes Anwendung finden, ohne daß die verschiedenen für die Billigkeit des Lohnmaßes mitzubehaltenden Momente übersehen werden“ (RN 17).

Scharf wendet er sich gegen jede Form von Ausbeutung von Arbeitskraft:

„Im allgemeinen ist in Bezug auf den Lohn wohl zu beachten, daß es wider göttliches und menschliches Gesetz geht, Notleidende zu drücken und

auszubeuten um des eigenen Vorteils willen. Dem Arbeiter den ihm gebührenden Verdienst vorenthalten, ist eine Sünde, die zum Himmel schreit“ (RN 17).

Für den Papst ist ein Lohn nur dann sittlich gerecht, wenn er frei vereinbart wird und das Auskommen sichert. Beides bezeichnet er als ein Gebot der „natürlichen Gerechtigkeit“:

„Wenn also auch immerhin die Vereinbarung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, insbesondere hinsichtlich des Lohnes, beiderseitig frei geschieht, so bleibt dennoch eine Forderung der natürlichen Gerechtigkeit bestehen, die nämlich, daß der Lohn nicht etwa so niedrig sei, daß er einem genügsamen, rechtschaffenen Arbeiter den Lebensunterhalt nicht abwirft“ (RN 34).

Bei der Lohnfestlegung sieht Leo den Arbeitgeber im Vorteil. Weil ein Mensch sich und die Seinen nun ein-

mal von Arbeit ernähren müsse, sei er letztlich gezwungen, zu arbeiten:

„Die Erhaltung des Lebens ist heilige Pflicht eines jeden. Hat demnach jeder ein natürliches Recht, den Lebensunterhalt zu finden, so ist hinwieder der Dürftige hierzu allein auf die Händearbeit notwendig angewiesen“ (RN 34).



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, setze ich mich dafür ein, dass sie angemessen bezahlt wird und dass die Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen vorfinden.“*

**Dr. Ralf Brauksiepe MdB, CDU-Mitglied seit 1983**



Das bedeutet, dass er im Zweifel einen geringen Lohn akzeptieren muss, den der Arbeitgeber ihm anbietet. Diese „einseitige“ Lohnfestlegung, die aus „Zwang“ entstehe, verwirft Leo als ungerecht:

„Gesetzt, der Arbeiter beugt sich aus reiner Not oder um einem schlimmeren Zustande zu entgehen, den allzu harten Bedingungen, die ihm nun einmal vom Arbeitsherrn oder Unternehmer auferlegt werden, so heißt das Gewalt leiden, und die Gerechtigkeit erhebt gegen einen solchen Zwang Einspruch“ (RN 34).

Heute erheben die Christlich-Sozialen Einspruch gegen Dumpinglöhne. Sie können sich mit gutem Gewissen auf „Rerum novarum“ berufen. Das Schriftstück ist 120 Jahre alt – und aktuell wie eh und je. ■



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, soll sie auch nicht unter WERT entlohnt werden! WERTE müssen geschützt werden!“*

**Silvia Sachse, CDU-Mitglied seit 2005**



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, steht der Mensch, der sie tut, bei uns in der Mitte der Gesellschaft.“*

**Georg Rauw, CDU-Mitglied**

## Weil Arbeit WERTvoll ist ... Die Kampagne im Internet



Die CDA auf facebook

Seit mehr als zwei Jahren hört und liest man in den Medien immer mehr von einer revolutionären Entwicklung des Internets. Und tatsächlich hat sich das Netz verändert, es ist „sozialer“ geworden. Den Stein ins Rollen brachte Facebook. Auf dieser Plattform, deren Nutzerzahl über 700 Millionen beträgt, findet man Freunde und Bekannte wieder, mit denen man anschließend Beiträge zu allen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens teilen und kommentieren kann – schnell, grenzen-

los und bequem selbst von unterwegs nutzbar. Dieses Prinzip der Informationsverteilung bietet allein schon aufgrund der großen Anzahl der möglichen Empfänger und der einfachen Handhabung große Chancen.

Facebook ermöglicht jedoch bei Weitem mehr als ausschließlich die eigene Vernetzung mit der Welt und den Freunden. Es ermöglicht politische Partizipation und freie Meinungsäußerung. Der „arabische Frühling“ ist ein aktuelles Beispiel

für den Einfluss des sozialen Netzwerks, dessen Benutzer die Welt verändern.

Neben Pressemitteilungen, Fotos, Videos, Interviews und Reden ist besonders der parteipolitische Diskurs in einer Zeit, in der die Volksparteien drastisch schrumpfen, von großer Bedeutung. Die Zeit, in der die Parteien stetige Wachstumsraten in ihren Kreisverbänden verzeichnen konnten, ist vorbei. Diese Entwicklung ist neben der allgemeinen Politikverdrossenheit dem Gefühl der Machtlosigkeit in einer globalisierten Welt geschuldet. Das Verlangen nach direkter demokratischer Mitbestimmung und parteipolitischer Partizipation kann nun durch den technischen Fortschritt gestillt werden. Bereits im amerikanischen Präsidentenwahlkampf 2008 war Facebook ein probates Mittel für Barack Obama, um Sympathien zu erzeugen. In Ägypten wurden Videos und Bilder der Proteste vom Tahrir-Platz via Facebook und Twitter mit der Welt geteilt. Keine Zensur konnte dies verhindern. Es wird Zeit, das Internet auch in Deutschland stärker für politische Zwecke zu nutzen.

Gerade für politische Organisationen bietet sich über so genannte „Pages“ (Seiten von Organisationen, Institutionen oder Unternehmen, von denen man „Fan“ werden kann) die Chance, ihren Mitgliedern auf Augenhöhe eine dauerhafte aktive Mitbestimmung in der Politik zu ermöglichen. Die Benutzer der sozialen Netzwerke können nicht nur ihre Meinung öffentlich kundtun und diskutieren, sondern auch Entscheidungen direkt beeinflussen.

### Auch die CDA nutzt Facebook zum Dialog mit den Mitgliedern.

Unsere aktuelle Seite hat derzeit über 550 Fans, da geht noch mehr! Auch unsere Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“ ist dort zu finden. Werden Sie aktiv, melden Sie sich an, werden Sie „Fan“ unserer Seite und unterstützen Sie die CDA.

### Vorteile der Facebook-Seite:

**Erhalten Sie die SO als Erster!** Noch bevor unsere Mitgliederzeitung Soziale Ordnung verschickt wird, ist sie exklusiv für Fans unserer Seite auf Facebook abrufbar.

**Mischen Sie sich ein!** Diskutieren Sie mit uns und anderen Mitgliedern über aktuelle Themen, Pressemitteilungen und unser Programm.

### Unterstützen Sie unsere Kampagnen!

Auf Facebook finden Sie neben der „kind.gerecht“ Kampagne detaillierte Informationen und Texte zur aktuellen Kampagne.

Mit Blick auf den CDU-Parteitag im November wollen wir diese besonders hervorheben. [www.facebook.com/Weil.Arbeit.WERTvoll.ist](http://www.facebook.com/Weil.Arbeit.WERTvoll.ist)

### Wie kann ich aktiv werden?

Melden Sie sich auf [www.facebook.com](http://www.facebook.com) an (falls Sie noch kein Benutzerkonto haben, registrieren Sie sich auf der rechten Seite, dazu benötigen Sie lediglich eine E-Mail-Adresse)

Unter: [www.facebook.com/Weil.Arbeit.WERTvoll.ist](http://www.facebook.com/Weil.Arbeit.WERTvoll.ist) und [www.facebook.com/CDA.Deutschlands](http://www.facebook.com/CDA.Deutschlands) finden Sie uns



Klicken Sie auf der linken Seite auf „Gefällt mir“. Nun haben Sie vollen Zugriff auf die Inhalte unserer Seite.

Anzeige



## Ausgezeichnet für Familien!

Erstklassiger Service, mehr Leistung. Kein Zusatzbeitrag. Die BARMER GEK wurde zum dritten Mal in Folge als beste Krankenkasse für Familien ausgezeichnet. Deutschlands größte Krankenkasse bietet starke Leistungen für Familien, wie z. B. Bonusprogramme, vier zusätzliche Gesundheits-Checks für Kinder und Jugendliche, Screening auf Schwangerschaftsdiabetes sowie ärztlichen Rat über den Teledoktor.

Mehr Infos unter [www.barmer-gek.de](http://www.barmer-gek.de)



**BARMER**  
**GEK** die gesund  
experten

## Jetzt das Wort ergreifen! Ideen für Wortbeiträge in CDU-Gremien

Reden, reden, reden: Weil wir unsere CDA-Themen in die CDU tragen wollen, müssen wir immer wieder das Wort ergreifen. Das gilt für den CDU-Kreisvorstand genauso wie für den Landesparteitag oder die Regionalkonferenz mit Bundeskanzlerin Merkel oder Generalsekretär Gröhe. Hier haben wir einige Ideen aufgeführt, was man auf solchen Versammlungen sagen kann, um die Anwesenden auf unsere Kampagne hinzuweisen.

Natürlich sind die angefügten Beispiele nur Anregungen. Was man auf öffentlichen Versammlungen sagt, hängt schließlich nicht zuletzt davon ab, ob der CDA-Antrag konkret oder nur allgemein diskutiert wird.

**Fragen rund um das Thema „Öffentliche Auftritte“ kann man bei der CDA-Kampagnenhotline unter der Telefonnummer 030/922511135 loswerden – Antworten gibt’s dort auch!**

### Beispielfragen in Veranstaltungen und Gremien:

- > Über eine Million Menschen in Deutschland verdienen weniger als fünf Euro pro Stunde. Wäre nicht die von der CDA vorgeschlagene tariforientierte Lohnuntergrenze ein guter Weg, unanständige Niedriglöhne zu verhindern?
- > Jeder Vierte unter 25-Jährige hat nur einen befristeten Job. Jede zweite Neueinstellung erfolgt nur befristet. Glauben Sie nicht auch, dass das viele davon abhält, zu heiraten und eine Familie zu gründen?

- > Leiharbeiter machen oft die gleiche Arbeit wie ihre Kollegen aus der Stammbesellschaft – und erhalten ein Drittel weniger Lohn. Das finde ich ungerecht. Muss man da nicht etwas machen?

### Beispielstatement in Veranstaltungen und Gremien:

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

die Arbeitslosigkeit ist – Gott sei Dank! – stark gesunken. Das ist wichtig: Denn nur wenn die Leute Arbeit haben, können sie für sich und ihre Familie sorgen und haben einen Platz in der Gesellschaft. Aber Arbeit haben alleine reicht nicht. Man muss auch davon leben können!

Deshalb sollten wir als CDU uns jetzt an die nächsten Baustellen auf dem Arbeitsmarkt heranwagen:

Viele junge Leute haben nur eine befristete Stelle. Das macht nicht gerade Mut, sich zu binden und eine Familie zu gründen! Junge Leute brauchen Sicherheit und eine Perspektive!

Sorgen bereitet mir auch, dass immer mehr Arbeitnehmer kaum noch etwas verdienen. Betroffen sind ganz normale Leute, zum Beispiel Leiharbeiter, Verkäuferinnen, Friseurinnen, Floristinnen, Lagerarbeiter und so weiter... Wussten Sie, dass eine Million Menschen in Deutschland für weniger als fünf Euro pro Stunde arbeiten? Damit kommt man nicht über die Runden. Eine anständige Rente kommt dabei auch nicht heraus... Ich finde, dazu müssen wir

etwas sagen! Die CDU ist schließlich die Partei der Leute, die anständig arbeiten gehen und ihre Familien davon ernähren wollen. Als CDA machen wir drei Vorschläge, wie wir Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt entgegentreten können:

1. Wir sollten eine Lohnuntergrenze einführen, die sich am Mindeststundenlohn in der Zeitarbeit orientiert (6,90 Euro im Osten, 7,80 Euro im Westen). Jeder, der arbeitet, sollte mindestens so viel verdienen! Diese Lohngrenze haben übrigens die Tarifpartner festgelegt, nicht der Staat!
2. Wir sollten uns die Regelungen für befristete Arbeitsverträge in Ruhe anschauen. Elternzeitvertretungen sind absolut o.k. Aber Befristungen ohne Grund gehören auf den Prüfstand. Dann können die jungen Leute auch wieder mit mehr Zuversicht in ihren Job starten und ihr Leben planen!
3. Wir sollten dafür sorgen, dass Leiharbeiter nach einer kurzen Einarbeitungszeit genauso bezahlt werden wie die Stammbesellschaft. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!, so lautet die Devise.

Anständige Arbeit muss anständig bezahlt werden.

Wer arbeitet, der muss auch eine Perspektive haben.

Für diese beiden Grundsätze steht die CDU. Deshalb bitte ich euch, unsere Forderungen zu unterstützen. ■

## Vorschläge für Veranstaltungen und Aktionen

Wir wollen mit diesen Hinweisen und Informationen Anregungen an die Hand geben, die Ihnen helfen sollen, vor Ort geeignete Veranstaltungen und Initiativen zur Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“ zu planen und durchzuführen. Vielleicht mag der eine oder andere Hinweis für Einzelne von Ihnen banal klingen, anderen kann er aber vielleicht hilfreich sein.

Falls Sie Anregungen von hier aufnehmen oder eigene Ideen umsetzt, informieren Sie bitte die Hauptgeschäftsstelle im Vorfeld über die geplante Veranstaltung und berichten Sie auf der Homepage oder in der Facebook-Gruppe über Ihre Aktion. Eine entsprechende Kommunikation und der Austausch sind wichtig. Aktionen und Ideen können als Impulse dienen und an anderen Orten aufgegriffen und in die Tat umgesetzt werden.



Eine Checkliste zur Durchführung einer Podiumsdiskussion findet Ihr auf S. 31!

### 1.

#### Podiumsdiskussion mit den Parteitagsdelegierten oder anderen CDU-Vereinigungen

Ziel unserer Kampagne ist es, dass die Parteitagsdelegierten unseren Forderungen beim Parteitag im November zustimmen. Deshalb kann es sinnvoll sein, die örtlichen Parteitagsdelegierten – soweit bekannt – schon vor dem Parteitag in einer Podiumsdiskussion zu einer Positionierung zu unseren Forderungen zu bitten.

Als Veranstaltungstitel eignet sich das Kampagnenmotto „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“. Schön wäre es, wenn die CDU zu dieser Veranstaltung einlädt. Alternativ kann man sich auch mit anderen CDU-Vereinigungen zusammenschließen und eine entsprechende Veranstaltung durchführen. Ziel einer solchen Podiumsdiskussion sollte es sein, dass auch in der Öffentlichkeit durchaus im Streitgespräch mit Kritikern für unsere drei Kernforderungen geworben wird.

### 2.

#### Namensartikel und Beiträge in den lokalen CDU-Publikationen

Viele Landesverbände bringen regelmäßig eigene CDU-Zeitschriften (beispielsweise „CDUintern“ in Baden-Württemberg oder „profil“ in Niedersachsen) oder Newsletter heraus. Dort können Sie mit einem Namensartikel, bei dessen Erstellung Sie auch gern die CDA-Hauptgeschäftsstelle unterstützt, oder einem Veranstaltungsbericht auf die drei zentralen Forderungen im Rahmen unserer Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“ hinweisen. Zum Teil enthalten diese Publikationen auch Kreis- oder Bezirksteile, in denen die Wahrscheinlichkeit eines Abdrucks des Artikels höher ist. Denken Sie daran, dass diese Publikationen einen Redaktionsschluss haben, der mehrere Wochen vor dem Erscheinungstermin liegt. Hier ist also Eile geboten!

### 3.

#### Gewinnen von Unterstützern!

Suchen Sie vor Ort möglichst prominente Unterstützer für unsere Kampagne. Bitten Sie diese den Halbsatz „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“ zu ergänzen und ggf. noch durch einen weiteren Satz zu erläutern. Insbesondere Handwerksbetriebe und die Inhaber mittelständischer Unternehmen könnten hier interessant sein, um deutlich



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, muss die CDU als Partei der Sozialen Marktwirtschaft die Errungenschaften für die Menschen mehr als bisher sichtbar machen. In der Partei der Mitte sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestens aufgehoben.“*

**Glenn Lawrence, CDU-Mitglied seit 2003**



zu machen, dass unsere Forderungen auch Rückhalt bei Arbeitgebern finden. Bitten Sie die Unterstützer um die Erlaubnis, öffentlich – am besten mit einem Foto – mit ihrem Statement für unsere Forderungen werben zu dürfen. Schicken Sie das Unterstützerstatement mit Foto (in hoher Auflösung!) auch an politik@cda-bund.de. Dann bauen wir es auf ein.

## 4.

### Gesprächsrunden mit Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und Vereinen

Um Unterstützer für unsere Forderung auch in uns nahestehenden Organisationen zu finden, bieten sich Gesprächsrunden bzw. Veranstaltungen mit Gewerkschaften, KAB, Kolping oder EAB zu unseren Forderungen an. Ein erster Schritt könnte dazu das Treffen der Vorsitzenden oder eine gemeinsame Vorstandsrunde sein. In einem zweiten Schritt kann man eine gemeinsame öffentliche Veranstaltung planen.



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, braucht der Mensch Beschäftigung. Arbeit schließt den Kreislauf des Menschen, den er in jeder Gesellschaft und für sein Dasein benötigt.“*

**Ludwig Gatzemeier,**  
CDU-Mitglied seit 1992

## 5.

### Werktoraktion/ Bahnofsaktion

Der Schichtwechsel ist in großen Betrieben ein geeigneter Zeitpunkt für eine Werktoraktion. In den Morgen- oder Abendstunden können die Pendler vor dem Bahnhof begrüßt werden. Mit solchen Aktionen erreichen wir zwar nicht unbedingt die Parteitagsdelegierten oder die CDU-Mitglieder vor Ort, aber wir können dadurch für unsere Forderungen eine gewisse Öffentlichkeit schaffen. Laden Sie deshalb auf jeden Fall die Presse zu dieser Aktion ein. Neben dem Flugblatt sollte auch ein kleines Präsent (Brötchen, Brezel oder Obst) überreicht werden. Die „Knalltüten der CDA“ mit dem Motto „Wir verschaffen Arbeitnehmern Gehör!“ eignen sich für eine sachgerechte und ansprechende Verpackung.

## 6.

### Gestaltungswettbewerb „Weil Arbeit WERTvoll ist...“

Im Rahmen der Kampagne kann auf Kreis-, Bezirks- oder Landesebene ein Gestaltungswettbewerb unter dem Kampagnemotto durchgeführt werden. Dazu können die CDA-Mitglieder vor Ort aufgerufen werden, eine Bäckertüte (CDA-Knalltüte), eine Papiereinkaufstasche oder eine Postkarte (WERTmarke) im Sinne des Kampagnemottos „Weil Arbeit WERTvoll ist ...“ zu gestalten. Den Materialien sollten dabei keine Grenzen gesetzt sein. Eine möglichst lokal prominent besetzte Jury, ggf. mit dem lokalen



*„Weil Arbeit WERTvoll ist, fordere ich „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Keine Ausbeutung über Zeitarbeit und Geringverdiener!“*

**Richard Biank, CDU-**  
Mitglied seit 1990

CDU-Vorsitzenden an der Spitze, sollte am Ende das beste Motiv öffentlichkeitswirksam prämiieren. Vergessen Sie nicht, zur Verleihung die örtliche Presse einzuladen bzw. eine entsprechende Information an die örtliche Presse zu schicken.

## 7.

### Politisches Nachtgebet/ Arbeitnehnergottesdienst

In Zusammenarbeit mit der örtlichen Pfarrei, Kolping oder KAB kann ein politisches Nachtgebet oder ein (ökumenischer) Arbeitnehmer-/Familien-gottesdienst durchgeführt werden. Passende Bibelworte, die auf soziale Gerechtigkeit hinweisen, können im Zentrum der Veranstaltung stehen. Beispielsweise „Siehst du, wie im Lande der Arme Unrecht leidet und Recht und Gerechtigkeit zum Raub geworden sind, dann wundere dich nicht darüber, denn ein Hoher schützt den anderen, und noch Höhere sind über beiden.“ (Prediger 5,7) An das Gebet oder den Gottesdienst kann sich eine entsprechende Diskussionsrunde anschließen, in denen man Fragen zu unseren Forderungen Rede und Antwort stehen und für eine öffentliche Unterstützung (s. Unterstützer gewinnen!) werben kann. ■

## Checkliste für eine öffentliche Podiumsdiskussion

- 1. Wo kann die Podiumsdiskussion stattfinden?**

Raum anschauen, Ausstattung checken: Genügend Platz und ausreichend Stühle? Garderobe? Beleuchtung? Akustik? Ggf. Anlage mit Mikrofonen, auch an ausreichende Parkmöglichkeiten denken.
- 2. Wann sollte die Podiumsdiskussion stattfinden?**

Bitte recherchieren und prüfen, dass zum ausgewählten Termin keine attraktiven Parallelveranstaltungen im Ort stattfinden.
- 3. Wer wird eingeladen?**

Möglichst prominente Diskutanten/ Parteitagsdelegierte und Experten einladen, Liste mit möglichen Ersatzkandidaten und deren Kontaktdaten im Vorfeld erstellen. Wer kann die Moderation/ Gesprächsleitung übernehmen (ggf. ein lokaler Journalist)?
- 4. Wie kündige ich die Veranstaltung an?**

2 bis 3 Wochen vor der Veranstaltung sollten die Öffentlichkeit informiert und entsprechende Einladungen verteilt werden! Aushang von Plakaten im örtlichen Schaukasten und an schwarzen Brettern, Verteilen von Flyern, Rückgriff auf mögliche E-Mail-Verteiler (hier kann auch in der Hauptgeschäftsstelle nachgefragt werden). Ausnutzen der sozialen Netzwerke (Facebook, Google+, etc.), um zur Veranstaltung einzuladen, Hinweise auch an Lokalredaktionen von Zeitungen (auch Gratiszeitungen nicht vergessen!) und Radiosendern schicken! Bitte auch gesondert die Vertreter der Presse zu der Podiumsdiskussion einladen (gute Plätze reservieren!).
- 5. Was muss ich bei der Durchführung der Veranstaltung beachten?**

An Namensschilder mit ausreichend großer Schrift für die Diskussionsteilnehmer und den Moderator/ Gesprächsleiter denken, für angenehme äußere Umstände sorgen (u.a. Raumtemperatur, etc.). Gäste begrüßen, Diskussionsteilnehmer und Moderator sowie den Ablauf (z.B. offene Fragerunden, etc.) kurz vorstellen, ggf. persönliches kurzes Eingangsstatements der Diskussionsteilnehmer. Am Ende dem Gesprächsleiter und den Diskussionsteilnehmern für die engagierte Diskussion sowie den Gästen für das Erscheinen danken.
- 6. Wie verwerte ich die Veranstaltung?**

Wenn keine Presse anwesend ist, eigenen Bericht mit Fotos (in hoher Auflösung) an lokale Medien und an die Redaktionen der CDU-Publikation und der Sozialen Ordnung schicken. Bericht und Fotos auf die eigene Homepage einstellen.

Einmischen. Einfluss nehmen.

# Eintreten!



Jedes  
Mitglied wirbt  
ein neues  
Mitglied!



**CDA**

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE  
ARBEITNEHMERSCHAFT DEUTSCHLANDS  
CDU-SOZIALAUSSCHÜSSE

## Aufnahmeantrag

der Christlich-Demokratischen  
Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)  
Postfach 04 01 49 • 10061 Berlin

### Ich beantrage die Aufnahme in die CDA:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ Haus-Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

Geb.-Datum: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Telefax: \_\_\_\_\_

Mobil: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Betrieb / Verwaltung / Ausbildungsstätte:  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

CDU-Mitglied:  ja  nein

Als Aufnahme spende zahle ich \_\_\_\_\_ €

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

### Bankeinzugsermächtigung:

Wir bitten Sie, die Bankeinzugsermächtigung auszufüllen.  
Hiermit erkläre ich mich bis auf Widerruf damit einverstanden,  
dass die CDA-Hauptgeschäftsstelle den von mir zu zahlenden

Monatsbeitrag in Höhe von: \_\_\_\_\_ €

in Worten: \_\_\_\_\_ €

einmal jährlich  zweimal jährlich

von meinem Konto: \_\_\_\_\_

Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

bei der: \_\_\_\_\_  
(Geldinstitut, Ort) abbucht.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Unterschrift (für Kreditinstitut)

### Unsere monatlichen Beiträge:

- > Familienbeitrag für Ehepartner und Kinder: 5,10 €
- > Nichtmitglieder der CDU: 4,60 €
- > CDU-Mitglieder: 4,10 €
- > Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben: 2,60 €
- > Auszubildende, Schüler/innen, Studenten/innen, Wehr- und Zivildienstleistende, Arbeitslose und bei besonderen sozialen Härten auf Antrag: 1,10 €

Zuwendungen (Mitgliedsbeiträge und Spenden) an politische Parteien sind steuerlich als Sonderausgaben absetzbar (§ 10 b EStG).